

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 10. Dezember 2007, 19.00 – 23.05 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:

Antenen Peter, FDP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
Berlinger Annemarie, SP	Oester Daniel, jfk
Bichsel Bernhard, jfk	Pestalozzi Hansueli, Grüne
Burren Christian, parteilos	Remund Jan, Grüne
Egli-Steiner Claudia, SP	Roth Christian, SP
Engi Heinz, FDP	Rüeggsegger Elisabeth, SVP
Fischli Liz, Grüne	Salvisberg Ueli, SVP
Graber Martin, SP	Salzmann Christoph, SP
Gysel Hermann, EVP	Stähli Markus, FDP
Henggj Harald, FDP	Staub Hugo, SP
Herren Thomas, FDP	Staub-Muheim Stephanie, SP
Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
Lagger Valentin, CVP	Troxler Elisabeth, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, Grüne
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP
Maibach Urs, Grüne	

Entschuldigt:

Arm Alfred, SP	Kohler Hanspeter, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Sidler Omoregbee Rita, SP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, Grüne	

Parlamentssekretär: Heinzer Markus

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	257
2. Kommissionsersatzwahlen	--
3. Gemeinderatsmodell "5 x 80"; Botschaft betr. Änderung der Gemeindeordnung Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen	257
4. Ersatzwahl beim Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern; Botschaft betr. Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen	261
5. Planungsbeschluss; Änderung der Gemeindeordnung Abstimmungsvorlage und Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	263
6. Areal Gurtenbrauerei; Änderung des Nutzungsplans und des Baureglements Abstimmungsvorlage und Abstimmungsbotschaft; Direktion Planung und Verkehr	264
7. Kreditabrechnungen Kenntnisnahme/Nachkredite; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	267
8. KSF-Bilanzbericht Kenntnisnahme; Kommission für soziale Fragen	--
9. 0724 Dringliches Postulat (Grüne) betr. Buserschliessung Ried auf bestehendem Strassennetz Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr	269
10. 0505 Überparteiliche Motion betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" in der Gemeinde Köniz Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Landschaft.....	271
11. 0512 Postulat Katrin Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Landschaft.....	273
12. 0513 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement Abschreibung Direktion Umwelt und Landschaft.....	275
13. 0516 Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentlastung der Region Mengestorfberg Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr.....	276
14. 0616 Motion überparteilich betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr.....	277
15. 0712 Interpellation Christoph Salzmännli betr. Schaffung von Lehrstellen und Praktikumsstellen Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	279
16. 0718 Interpellation FDP/jfk betr. Missbrauch und Controlling bei der individuellen Sozialhilfe Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales.....	281
17. Verschiedenes	284

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. Auch die heutige Sitzung ist reich befrachtet. Auf dem Pult des Parlamentsbüros brennt während der heutigen Sitzung eine Kerze. Einerseits soll sie ein Zeichen für Besinnung im Advent sein, andererseits soll sie an den heutigen internationalen Tag der Menschenrechte erinnern.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 35 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich habe folgendes Schreiben erhalten: "Rücktritt aus dem Parlament. Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen. In den letzten viereinhalb Jahren durfte ich als junges Parlamentsmitglied viele spannende und wichtige Debatten miterleben. Ich hatte die Möglichkeit, unsere politischen Strukturen kennen zu lernen und mich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Ich blicke mit Dankbarkeit auf die vergangenen Jahre zurück und freue mich, dass ich mit euch ein Stück Lebensweg abschreiten durfte. Ich plane, mein Studium im nächsten Jahr abzuschliessen, was für mich momentan zusätzliche Arbeit bedeutet und mich zeitlich vermehrt fordert. Hinzu kommt noch, dass ich als begeisterter Feuerwehrmann dem ständigen Konflikt des Montagabends ausgesetzt war. Die Parlamentssitzungen wie auch die Feuerwehrübungen finden jeweils am Montag statt. Aus diesen Gründen habe ich mich durchgerungen, auf Ende Jahr aus dem Parlament zurückzutreten. In den Bereichen Jugendarbeit und Feuerwehr werde ich aber weiterhin meinen Dienst in der Gemeinde leisten. Ich danke euch allen für die guten, zum Teil auch heftigen, aber fast ausschliesslich fairen Debatten und werde euch in guter Erinnerung behalten. Ich appelliere an euch, auch wenn mit mir ein weiteres junges Parlamentsmitglied ausscheidet, die jungen Menschen in unserer Gemeinde nicht zu vergessen. Fördert die Jugendarbeit, stärkt die Schulen und ermöglicht Sport. Mit freundlichen Grüssen, Marco Streiff"

Ich danke dir, Marco Streiff, für deinen Einsatz im Parlament und wünsche Dir für den Schlussspurt im Studium alles Gute. Ich wünsche Dir aber auch, dass du bei der Feuerwehr, ausser bei Übungen, keine Feuer löschen, keine Keller auspumpen und keine Ölsperren errichten musst. Vielleicht denkst du in solchen Momenten an uns und an die intensiven Debatten, wo neben Strohfeuern immer wieder auch Grossbrände ausbrechen können. Wer weiss, vielleicht werden wir einmal die Feuerwehr aufbieten müssen, um unsere Gemüter abkühlen zu lassen.

Hermann Gysel (EVP): Marco, du setzt klare Prioritäten und deshalb sind dir das Studium und die Feuerwehr wichtiger als das Parlament. Wir haben dies zur Kenntnis zu nehmen, ob zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend, sei dahingestellt. Wir werden jedoch die Aula nicht in Brand setzen, nur damit du mit der Feuerwehr ausrücken musst. Wir sind zuversichtlich, dass du in der Nachfeuerwehrzeit Zeit und Musse finden wirst, dich wieder der Politik zuzuwenden. Wir hoffen, dass du deine einfache und fantasievolle Art wieder einbringen wirst. Deine Art, an ein Geschäft heranzugehen, war für mich einzigartig. Dies nach dem Motto: Verstehe ich das Geschäft oder nicht? Hast du ein Geschäft nicht verstanden, liessst du es sein. Wenn du das Geschäft verstanden hast, war deine Stellungnahme dazu einfach, klar und auf den Punkt gebracht. Du warst aber auch fantasievoll. Das von dir Eingebraachte hatte jeweils einen besonderen Aspekt und wir hatten nicht nur bei den Werbeslogans für unsere Partei Freude an deinen Formulierungen. Vielleicht entspricht das Wort "fantasievoll" nicht mehr heutigem Sprachgebrauch, man müsste eher von einer innovativen, leistungsexzellenten Person sprechen. Zum Abschluss zitiere ich dich selber, wie du dich bezeichnen würdest: Als initiativen Motivator und Leiter sowie treuen und loyalen Mitarbeiter mit zwischenzeitlich chaotischen Allüren. Marco Streiff, vielen Dank. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Mark Stucki informierte mich dahingehend, dass der Vorstand der FDP Köniz Markus Stähli (parteilos) in die Partei aufgenommen hat. Demzufolge wird Markus Stähli im Parlament per sofort der FDP/jfk-Fraktion angehören. Zur Erinnerung

sei hier noch erwähnt, dass dieser Wechsel keinen Einfluss auf die Sitzverteilung in den Kommissionen hat. Die Sitzverteilung ist gemäss den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen nach Proporzsystem für die ganze Legislatur gültig. Die Akten für die heutige Sitzung wurden Ihnen mit dem Versand vom 15. November 2007 zugesandt, das Protokoll der letzten Sitzung erhielten Sie letzte Woche. Auf Ihren Pulten finden Sie im Weiteren diverse Unterlagen.

Das Traktandum 2 "Kommissionsersatzwahlen", entfällt, weil keine Wahlen vorzunehmen sind.

Harald Henggi: Die GPK beantragt Ihnen einstimmig, das Traktandum 8 "KSF-Bilanzbericht", gemäss dem Wunsch des Gemeinderates auf die Parlamentssitzung vom 11. Februar 2008 zu verschieben. Der Gemeinderat hat bereits eine Stellungnahme der Direktion Bildung und Soziales zum KSF-Bilanzbericht erhalten, möchte sich jedoch aus einer grundsätzlichen Warte heraus noch mehr Überlegungen dazu machen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Der Antrag der GPK, das Traktandum 8 "KSF-Bilanzbericht", auf die Sitzung vom 11. Februar 2008 zu verschieben, wird genehmigt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Daniel Oester (jfk): Auf Seite 240 des Protokolls der Parlamentssitzung vom 12. November 2007 fehlt in meinem Votum ein Wort. Der Satz lautet richtig: "Für mich ist hier die Verbindlichkeit der Aussagen zu *wenig* hoch und schlussendlich eine Geringschätzung der Arbeit der Verwaltung." Ich bitte um Korrektur.

Das Protokoll der Sitzung vom 12. November 2007 wird mit obgenannter Korrektur genehmigt.

Bernhard Bichsel trifft vor der Beratung zu Traktandum 3 ein.

3. Gemeinderatsmodell "5 x 80"; Botschaft betr. Änderung der Gemeindeordnung

Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich möchte hier Folgendes in Erinnerung rufen: In der Botschaft der beiden folgenden Abstimmungsbotschaften sind die Diskussion und die Argumente der Sitzung vom 22. Oktober 2007 enthalten. Die Situation ist heute eine andere als damals, weil beide Initiativen zurückgezogen wurden. In der Botschaft bleibt jedoch nur die ursprüngliche Diskussion abgebildet. Das ist ebenfalls dann gültig, falls beantragt wird, die Argumente der Parlamentsminderheit im Botschaftstext darzustellen. Wir diskutieren heute also nicht darüber, ob wir das Modell "5 x 80" oder die bestehende Regelung oder das alte oder neue Wahlsystem für gut befinden. Ich möchte kurz betreffend Zuständigkeiten erwähnen, dass gemäss Geschäftsreglement des Parlaments Art. 47 der Antrag zuhanden der Gemeindeabstimmung – das Kapitel Antrag in der Abstimmungsbotschaft – in der Kompetenz des Parlaments liegt. Über den restlichen Text der Botschaft entscheidet, falls sie eingesetzt wird, die Redaktionskommission endgültig. Es ist möglich, der Redaktionskommission Empfehlungen abzugeben, es besteht jedoch kein reglementarisches Recht, ihr Anträge zu stellen oder sogar Aufträge zu erteilen.

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Die GPK stellt Antrag, das Kapitel "Antrag" auf Seite 6 des Botschaftsentwurfes wie folgt zu ergänzen: "Die Änderung der Gemeindeordnung (*Gemeinderatsmodell "5 x 80"*, Art. 31, 56 und 57) wird beschlossen." Die Einfügung erscheint uns notwendig, um Klarheit zu schaffen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, den Beschluss gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu fällen. Die GPK beantragt dem Parlament für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft die Einsetzung der Redaktionskommission. Die GPK macht folgende Empfehlungen an die Redaktionskommission: Erstens, und das gilt für die ganze Abstimmungsbotschaft, soll nach der Seite 3 eine neue Seite eingefügt werden. Im Sinne einer Übersicht "Abstimmung auf einen Blick" soll eine Kürzestfassung der Themen mit den Abstimmungsergebnissen des Parlaments dargestellt werden. Dies

damit die Stimmbevölkerung die Abstimmungsergebnisse des Parlaments zu den einzelnen Vorlagen auf einen Blick sieht. Zweitens soll der auf Seite 4 im grau hinterlegten Text etwas verwaiste Satz "Einzelheiten wird das Parlament in einem Reglement ordnen", gestrichen werden. Auf Seite 5 soll dafür unter dem Titel "Weiteres Vorgehen, Inkraftsetzung", zusätzlich darauf hingewiesen werden, dass die Nebenbeschäftigungen des Gemeinderates noch zu regeln sind.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Über die einzelnen Anträge werden wir zum gegebenen Zeitpunkt abstimmen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat erklärt sich grundsätzlich mit dem Antrag und den Empfehlungen der GPK einverstanden. Ein Vorbehalt bleibt beim Hinweis betreffend einer Abkürzung der Abkürzung, d. h. auf einer Seite alle vier Vorlagen vorzustellen. Bei jeder Vorlage ist zu Beginn jeweils ein kleines Kapitel "das Wichtigste in Kürze" vorhanden. Daraus nochmals eine Zusammenfassung zu erstellen, wird sicher nicht einfach sein.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Im Geschäftsreglement des Parlaments Art. 46 Abs. 1 ist Folgendes festgehalten: "Botschaften sollen den wesentlichen Inhalt einer Vorlage umschreiben und deren Vor- und Nachteile objektiv wiedergeben." Wenn ich die Vorlage durchlese, finde ich einen einzigen Satz, der einen Nachteil des Modells "5 x 80" erwähnt. Es handelt sich um die Einschränkung der Parteienvielfalt im Gemeinderat. Dieser Satz scheint uns etwas gar mager. In unseren Augen muss deutlicher aufgeführt sein, was das Verschwinden der Parteienvielfalt bedeutet. Wichtige Minderheitenmeinungen können im Gemeinderat nicht mehr einfließen. Schlussendlich kann dies bedeuten, dass die Differenzen zwischen Gemeinderat und Parlament grösser werden. Das wird vermehrt dazu führen, dass Geschäfte des Gemeinderates vom Parlament zurückgewiesen werden und dadurch ein Effizienzverlust entstehen kann. Neben den eben erklärten Nachteilen sind noch weitere, objektive Nachteile gegenüber dem heutigen Gemeinderatsmodell festzustellen: Fünf Personen bringen weniger Erfahrung in die Entscheidungsfindung ein als sieben. Vier Gemeinderäte bringen heute ihre Erfahrungen aus ihrem beruflichen Schwerpunkt in den Gemeinderat ein. Das kann eine heilsame Aussensicht bedeuten, die bei fünf hauptamtlichen Gemeinderatsmitgliedern weniger gegeben wäre. Beim heutigen System ist die Gefahr der Betriebsblindheit kleiner. Ein weiterer Punkt: Die Gemeinde Köniz ist vielgestaltig und die Chance, dass mit sieben Gemeinderatsmitgliedern alle Ortsteile vertreten sind, ist grösser. Uns scheint, dass die eben erwähnten Punkte zu einer objektiven Schilderung von Vor- und Nachteilen in den Botschaftstext gehören. Falls ein Antrag für die Aufführung der Minderheitenmeinung in der Abstimmungsbotschaft gestellt wird, werden wir diesen geschlossen unterstützen. Wir haben eine entsprechende Motion (0727) betr. Transparente Darstellung von Argumenten der Parlamentsmehrheit und der Parlamentsminderheit in Abstimmungsbotschaften eingereicht. Diese beabsichtigt, dass in Abstimmungsbotschaften grundsätzlich pro und kontra der Parlamentsdebatten aufzuführen sind. Ein zweiter Punkt auf Seite 5 der Botschaft: Als "normaler" Stimmbürger würde ich aus dieser Seite nicht schlau. Die Gliederung muss viel klarer sein. Die beiden Punkte, was bei einer Annahme des Gegenvorschlages passiert und was bei einer Ablehnung, sollten deutlich dargestellt sein. Bei Annahme des Gegenvorschlages werden eine Verwaltungsreorganisation sowie eine Anpassung des Wahlsystems mittels einer Abstimmung im November 2008 zu gewärtigen sein. In der Abstimmungsbotschaft muss aufgeführt werden, dass heute das Wahlverfahren nach Proporz gültig ist. Erst dann soll aufgeführt werden, was nicht Gegenstand der Abstimmung ist. Das ist heute zu prominent zuoberst auf Seite 5 dargestellt. Bei einer Ablehnung des Gegenvorschlages "5 x 80" muss der Stimmbevölkerung klar sein, dass alles beim Alten bleibt und der Gemeinderat vertieft prüfen wird, ob das aktuell komplizierte Wahlsystem verbessert werden könnte. Das wurde uns Parlamentsmitgliedern versprochen.

Ich stelle Antrag auf Einsetzung der Redaktionskommission und dass Seite 5 entsprechend überarbeitet wird. Ist ein Antrag nicht möglich, soll mein Votum als so genannte Empfehlung verstanden werden.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Über den ersten Teil des Antrages auf Einsetzung der Redaktionskommission werden wir später abstimmen.

Rolf Zwahlen (EVP): Hansueli Pestalozzi hat mir aus der Seele gesprochen. Wir von der

CVP/EVP-Fraktion sind nicht glücklich über die vorliegende Botschaft. Die Diskussionen aus Kommission und Parlament sind in der Botschaft absolut nicht wiedergegeben. In der Kommission wurden viele Vor- und Nachteile aufgelistet, erarbeitet und ausgewertet. Davon ist in der Botschaft nichts mehr zu finden. Wie die Stimmberechtigten hier zu einem fundierten Entscheid kommen sollen, ist mir nicht klar. In meinen Augen sticht in der vorliegenden Botschaft zu stark hervor, dass für Köniz der Gegenvorschlag "5 x80" das einzig Wahre sei. Damit erklären wir uns von der CVP/EVP-Fraktion nicht einverstanden. Recherchen im Protokoll vom 22. Oktober 2007 meinerseits ergaben, dass die Diskussion damals um Initiative oder Gegenvorschlag ging. Infolgedessen wurden von unserer Seite die Vor- und Nachteile nicht sehr konkret zu Protokoll gegeben. Ich bin jedoch sicher, dass die nachfolgende Liste von Nachteilen des Gegenvorschlages, die ich hier wiedergeben werde, in der Kommission wie auch in der Diskussion bereits zur Sprache kam und nicht neu ist: Köniz ist eine vielseitige Gemeinde und diese Vielfalt muss sich in der Exekutive widerspiegeln, damit sich in geografischer und politischer Hinsicht alle vertreten fühlen. Die nebenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates bringen ohne Zweifel Erfahrungen mit, z. B. aus KMU-Betrieben oder anderen Lebensbereichen, die wertvoll und eine Bereicherung für die Exekutive sind. Die Auswahl der Kandidierenden, die heute für Gemeinderatswahlen zur Verfügung stehen, umfasst vom Landwirt über KMU-Kaderpersonen bis hin zur Familienfrau ein grosses Spektrum. Diese Auswahl wird im neuen Modell "5 x 80" ganz eindeutig eingeschränkt sein. Die politische Abstützung ist wie erwähnt der einzige Satz in der Botschaft, der auf einen eventuellen Nachteil hinweisen könnte. Ich werde mir erlauben, die von mir eben aufgeführten Punkte als Hilfsmittel zuhanden der Redaktionskommission abzugeben. Nach der Abstimmung werde ich Antrag stellen, die Minderheitenmeinung in die Botschaft – gemäss einer von der Redaktionskommission noch vorzunehmenden Fassung – aufzunehmen.

Thomas Herren (FDP): Am 24. Februar 2008 sollen die Stimmberechtigten über vier Vorlagen abstimmen. Sie sind inhaltlich je für sich allein ziemlich komplex und auf insgesamt 36 Seiten hauptsächlich im Fliesstext dargestellt. Diese Lektüre ist sehr umfassend und nicht leicht zu lesen. In der Botschaft zum Gemeinderatsmodell "5 x 80" vermissen wir FDP/jfk-Fraktionsmitglieder einen roten Faden, der die Stimmberechtigten durch die Vorlage führt; angefangen bei der Initiative "5 statt 7" als Auslöser der ganzen Diskussion über den Gegenvorschlag "5 x 80", bis hin zum deutlichen Parlamentsbeschluss, das die Annahme des Gegenvorschlages empfiehlt. Wir wollen deshalb den Stimmberechtigten den Zugang zu den Vorlagen erleichtern und beantragen deshalb auf einer neuen Seite 3 der Botschaft, d. h. nach den organisatorischen Angaben, eine Kurzzusammenfassung aller Vorlagen in tabellarischer Form. Das könnte wie folgt aussehen: In einer linken Spalte soll der Titel der Vorlage, in einer mittleren Spalte der Antrag des Parlaments und in einer rechten Spalte der Beschluss selber aufgeführt sein. Mit der Darstellung "alles auf einen Blick" gleich zu Beginn der Abstimmungsbotschaft haben auch jene, die sie nicht intensiv durchlesen wollen, die Möglichkeit, sich ihre politische Meinung aufgrund der wesentlichsten Informationen zu bilden. Eine der wesentlichsten Informationen für den Gegenvorschlag des Gemeinderates "5 x 80", dass das Parlament diesen mit 33 : 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen beschlossen hat, ist somit frühest möglich aufgeführt. Das würde der Leserfreundlichkeit von Abstimmungsbotschaften einen grossen Dienst leisten. Ich habe den Antrag hier ausdrücklich zu Traktandum 3 gestellt. Er soll aber sinngemäss für alle vier Vorlagen gelten.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Wie ich bereits zu Beginn erklärt habe, können zuhanden der Redaktionskommission keine Anträge gestellt, sondern lediglich Empfehlungen abgegeben werden. Das wurde im Voraus durch den Rechtsdienst der Gemeindeverwaltung abgeklärt.

Thomas Herren (FDP): Dieser Interpretation halte ich entgegen, dass gemäss meinem Verständnis in Art. 47 Abs. 2 des Geschäftsreglement des Parlaments etwas anderes festgehalten ist. "Die Redaktionskommission setzt den Botschaftstext nach der Behandlung durch das Parlament endgültig fest. Vom Parlament verabschiedete Beschlüsse oder Anträge zuhanden der Gemeindeabstimmung sind von einer redaktionellen Überarbeitung ausgeschlossen." Das heisst in meinen Augen, dass wir Anträge stellen und darüber beschliessen können. Werden diese Anträge vom Parlament angenommen, sind sie für die Redaktionskommission als solche verbindlich.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich gebe meine Interpretation wieder: Der erste Satz von Art. 47 Abs. 2 – "Die Redaktionskommission setzt den Botschaftstext nach der Behandlung durch das Parlament endgültig fest" – betrifft die Sitzung vom 22. Oktober 2007 und der zweite Satz – "Vom Parlament verabschiedete Beschlüsse oder Anträge zuhanden der Gemeindeabstimmung sind von einer redaktionellen Überarbeitung ausgeschlossen" – betrifft den Antrag auf Seite 6 der Abstimmungsbotschaft. Die GPK hat einen Änderungsantrag eingereicht, weil der Antrag für die Stimmbevölkerung allenfalls nicht verständlich ist.

Heinz Engi (FDP): Wenn keine Anträge gestellt, sondern nur Empfehlungen abgegeben werden können, ist es wichtig, möglichst viele abzugeben, damit die Redaktionskommission eine Auswahl treffen kann. Damit wir auf Seite 3 der Abstimmungsbotschaft zum Gemeinderatsmodell "5 x 80" gegenüber den Stimmberechtigten richtig wiedergeben, was Gemeinderat und Parlament wollen, gebe ich folgende Empfehlung ab: Der Satz "Der Gemeinderat und das Parlament halten es für richtig, dem bestehenden Siebnermodell ein Modell aus fünf hauptamtlichen Gemeinderatsmitgliedern mit einem Pensum von je 80 % gegenüberzustellen und den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen" ist grafisch hervorzuheben. Somit ist der Wille von Parlament und Gemeinderat, das Modell "5 x 80" zu empfehlen, wiedergegeben.

Anna Mäder (SP): Scheinbar kann die SP als einzige Fraktion mit der Abstimmungsbotschaft gut leben. Wir können sie in der vorliegenden Form grundsätzlich genehmigen und sind der Meinung, die Entstehungsgeschichte sei korrekt und umfassend dargestellt. Insbesondere ist auch das weitere Vorgehen in einer für die Stimmberechtigten verständlichen Art und Weise erläutert. Allerdings wird vorausgesetzt, dass die Abstimmungsbotschaft durchzulesen ist. Wir denken, es ist richtig, dass das weitere Vorgehen betreffend Wahlverfahren und Verwaltungsorganisation in der Abstimmungsbotschaft relativ detailliert erläutert werden. Wir gehen mit der GPK einig, dass es Sinn macht, die Redaktionskommission einzusetzen, denn die Materie ist doch recht komplex und wird nicht einfach zu verstehen sein. Vielleicht kann hier mit einer sprachlichen Überarbeitung zu einer besseren Verständlichkeit beigetragen werden. In diesem Sinne ist der Antrag der GPK richtig, eine zusätzliche Seite "alles auf einen Blick", einzufügen. In der SP-Fraktion wurde diskutiert, die Fragestellung dahingehend zu formulieren, dass auf den ersten Blick klar wird, um welche Änderung der Gemeindeordnung es sich genau handelt. Insofern ist der Vorschlag der GPK ein gangbarer und guter Weg.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Zur vorliegenden Abstimmungsbotschaft wurden nun einige Voten gehalten. Die Abstimmungsbotschaft wurde vom Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet. Wir haben uns bemüht, das Wesentliche in aller Kürze aufzuführen. Wir sind der Meinung, dass die wichtigsten Argumente wie auch Gegenargumente aufgeführt sind. Es liegt nun an der Redaktionskommission, ob sie einzelnen eben gehaltenen Voten folgen will und die Abstimmungsbotschaft entsprechend ändert. Ich bin eindeutig der Meinung, dass die Redaktionskommission gemäss dem klaren Wortlaut von Art. 47 die Botschaft endgültig festzulegen hat und das Parlament hier keine bindenden Aufträge erteilen kann.

Detailberatung

Seite 6 Abstimmungsbotschaft

*Der Antrag der GPK, den Antrag wie folgt zu ergänzen: "Die Änderung der Gemeindeordnung (**Gemeinderatsmodell "5 x 80"**, Art. 31, 56 und 57) wird beschlossen", wird grossmehrheitlich angenommen.*

Der Antrag, die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft einzusetzen, wird grossmehrheitlich angenommen.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten (mit der beschlossenen Ergänzung im Kapitel "Antrag"), unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.

Rolf Zwahlen (EVP): Wie bereits angekündigt, wird der Antrag gestellt, die Botschaft mit den Argumenten der Parlamentsminderheit – wie in Art. 46 des Geschäftsreglements des Parlaments vorgesehen – zu ergänzen. Ich bitte Sie um Unterstützung.

Mehr als 10 Parlamentsmitglieder stimmen dem Antrag zu, die Meinung der Parlamentsminderheit gesondert darzustellen.

Valentin Lagger (CVP): Wir haben nun beschlossen, die Argumente der Parlamentsminderheit in der Abstimmungsbotschaft aufzuführen. In meinen Augen wird es für die Redaktionskommission jedoch schwierig sein, diese Argumente ohne konkreten Antrag in der Abstimmungsbotschaft aufzuführen. In diesem Sinn ist meine Interpretation von Art. 47 Abs. 2 nicht ganz dieselbe wie jene des Gemeinderates. "Vom Parlament verabschiedete Beschlüsse oder Anträge zuhanden der Gemeindeabstimmung sind von einer redaktionellen Überarbeitung ausgeschlossen", ist festgehalten. Es ist jedoch nirgends aufgeführt, wann oder wie diese Beschlüsse und Anträge getroffen werden müssen. Mir scheint, dass in diesem Sinn auch Thomas Herren mit seiner juristischen Interpretation völlig richtig liegt. Einerseits soll die Minderheit sagen können, wie deren Argumente in der Abstimmungsbotschaft darzustellen sind und andererseits sollen aus dem Parlament zuhanden der Redaktionskommission mehr oder weniger verbindliche Anträge gestellt werden dürfen.

Bernhard Bichsel (jfk): Wenn die Minderheitsmeinung in der Abstimmungsbotschaft dargestellt werden soll, möchte ich beliebt machen, auch die Vorteile im Sinn eines Dafür und Dagegen darzustellen. Der Text in der Abstimmungsbotschaft ist in meinen Augen neutral gehalten. Diese Neutralität geht mit der Aufführung der Minderheitsmeinung verloren.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Die Redaktionskommission hat weiterhin den Auftrag, die Neutralität beizubehalten, auch wenn der Antrag auf Darstellung der Minderheitsmeinung angenommen wurde. Weiter weise ich darauf hin, dass normalerweise die Annahme des Botschaftstextes einer der Beschlüsse des Parlaments bei Abstimmungsbotschaften ist. Nach dem Rückzug der beiden Initiativen – "5 statt 7" und Kronprinzeninitiative – nach der Parlamentssitzung vom 22. Oktober 2007, muss der Botschaftstext neu überarbeitet werden. Im Botschaftstext muss jedoch die Debatte vom 22. Oktober 2007 festgehalten sein.

Rolf Zwahlen (EVP): Das Parlament hat vorhin den Botschaftstext beschlossen und nun wird die Redaktionskommission beauftragt, quasi einen neuen Botschaftstext zu verfassen. Das ist in meinen Augen bedenklich und es steht im Widerspruch zu meinem Demokratieverständnis.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Parlamentspräsident Ignaz Caminada sagte, dass in der Abstimmungsbotschaft nur die Argumente aus der Parlamentsdebatte vom 22. Oktober 2007 einfließen sollen. Ich bin hier anderer Meinung. In Art. 46 Abs. 3 ist lediglich festgehalten, dass die Argumente der Parlamentsminderheit in der Botschaft gesondert darzustellen sind. Wann diese Voten jedoch geäußert wurden, ist nirgends festgehalten. Ich gebe noch zu bedenken, dass an der Sitzung vom 22. Oktober 2007 über die Initiative "5 statt 7", über die Kronprinzeninitiative und über den Gegenvorschlag des Gemeinderates "5 x 80" debattiert wurde. Heute beraten wir nur noch über den Gegenvorschlag und demnach sind andere Voraussetzungen vorhanden. Ich bin klar der Meinung, dass auch die heutige Debatte über die Botschaft in der Minderheitsmeinung dargestellt sein muss.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich versuche ein neues Argument in die Debatte einzubringen: Die Initianten haben eine Initiative eingereicht, die wir an der Sitzung vom 22. Oktober 2007 beraten haben, ebenso den Gegenvorschlag des Gemeinderates. Die Debatte wurde beendet und aufgrund des Parlamentsbeschlusses zogen die Initianten ihre Initiative zurück. Nun können wir nicht wie die "alte Fasnacht" im Dezember erklären, die Initiative ist nicht mehr vorhanden und deshalb wird neu debattiert. Ich als Initiant käme mir bei diesem Szenario etwas verschaukelt vor. Ich hoffe, dass die Diskussion nun beendet ist.

4. Ersatzwahl beim Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern; Botschaft betr. Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Auch bei dieser Botschaft stellt die GPK einen Änderungsantrag des Beschlusses auf Seite 12: "Die Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen (Art. 51, *Ersatzwahl beim Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern*) wird beschlossen". Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Beschluss gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu fällen. Auch zu dieser Botschaft beantragt die GPK dem

Parlament die Einsetzung der Redaktionskommission zur Überarbeitung des Botschaftstextes. Zuhanden der Redaktionskommission gibt die GPK folgende Empfehlung ab: Auf den Seiten 11/12 soll im Abschnitt "Neue Regelung" erwähnt werden, dass mit dieser Reglementsänderung das zukünftige Wahlverfahren – Majorz oder Proporz – nicht präjudiziert wird.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag der GPK, den Beschluss betreffend, einverstanden. Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass es notwendig ist, im Botschaftstext darauf hinzuweisen, das zukünftige Wahlverfahren werde nicht präjudiziert. Im Botschaftstext zur Abstimmung über das Gemeinderatsmodell "5 x 80" wurde darauf hingewiesen, dass das Wahlverfahren nicht betroffen ist. Dies, weil dort tatsächlich die Änderung von Art. 31 zur Diskussion steht, in welchem *expressis verbis* das Wahlverfahren erwähnt ist. Der Hinweis, das Wahlverfahren werde nicht präjudiziert, ist im vorliegenden Fall gemäss Auffassung des Gemeinderates überflüssig.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Martin Graber (SP): Es geht nicht um eine politische Würdigung der Kronprinzeninitiative, sondern darum, ob die Debatte vom 22. Oktober 2007 in der Abstimmungsbotschaft korrekt aufgenommen wurde. Die damals abgegebenen Argumente zu Gunsten der Neuregelung sind aus Sicht der SP-Fraktionsmitglieder gut dargestellt. Allerdings ist die Botschaft recht kompliziert verfasst und man muss davon ausgehen, dass 90 Prozent der Personen, die sich überhaupt die Mühe nehmen, das Büchlein zu lesen, nur "das Wichtigste in Kürze" lesen werden. Eine gute Fassung dieses Teils ist deshalb sehr wichtig. Dazu habe ich zwei Anliegen: Inhaltlich fehlt in diesem Abschnitt das Wichtigste, nämlich dass taktisch motivierte Rücktritte aus dem Gemeinderat nicht mehr möglich sein sollen. Das war der Grund für die Lancierung der Initiative überhaupt und auch dafür, dass sie innert kürzester Zeit eingereicht werden konnte. Darüber ist im Abschnitt "Das Wichtigste in Kürze" nichts enthalten. Ausserdem ist der Text äusserst kompliziert verfasst. Ich zitiere einen einzigen Satz: "Der Gemeinderat hat das Initiativbegehren "Mehr Demokratie – Schluss mit der Kronprinzenregelung" der SP, der EVP und des Grünen Bündnisses der Gemeinde Köniz – wonach bei einem Rücktritt eines hauptamtlichen Gemeinderates eine Ersatzwahl stattfinden soll – zum Anlass genommen, grundsätzlich die in Betracht fallenden Regelungen beim Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates für das Nachrücken in den Gemeinderat zu prüfen." Alles klar? Hier ist mir vor allem klar, dass die Überarbeitung auch dieser Botschaft durch die Redaktionskommission unumgänglich ist. Wir bitten Sie, den Botschaftsentwurf zu genehmigen, weil die aufgeführten Argumente richtig sind. Gleichzeitig bitten wir Sie, die Anträge der GPK für die Einsetzung der Redaktionskommission und zur Ergänzung des Antrags an die Stimmberechtigten.

Marco Streiff (EVP): Ich schliesse mich den Worten von Martin Graber an. Wir von der CVP/EVP-Fraktion können mit diesem Kompromiss leben. Die Einsetzung der Redaktionskommission ist auch aus unserer Sicht notwendig. In einem Punkt möchte ich Gemeindepräsident Luc Mentha widersprechen: Auch in dieser Abstimmungsbotschaft muss darauf hingewiesen werden, dass das Wahlverfahren nicht präjudiziert werde. Der Stimmberechtigte wird beim Durchlesen verwirrt, wenn dieser Hinweis in der einen Botschaft enthalten ist, in der nächsten aber fehlt. Für den Fall, dass die Stimmberechtigten die Vorlage "Ersatzwahl beim Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates" annehmen, appelliere ich an die Parteien, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Wird allenfalls eine Neuwahl notwendig, soll der einer Partei zugewiesene Sitz nicht streitig gemacht werden.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Zu Martin Graber: Der Begriff taktische Rücktritte ist in der Botschaft nicht enthalten, aber der Sachverhalt nüchtern geschildert. In diesem Sinn bin ich der Meinung, die Botschaft sei richtig. Was den von Martin Graber zitierten langen Satz betrifft, räume ich durchaus ein, dass er kompliziert verfasst ist. Vielleicht findet die Redaktionskommission dafür eine bessere Lösung.

Detailberatung

*Der Antrag der GPK, den Beschluss wie folgt zu ergänzen: "Die Änderung des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen (Art. 51, **Ersatzwahl beim Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern**) wird beschlossen", wird einstimmig angenommen.*

Der Antrag, die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft einzusetzen, wird grossmehrheitlich angenommen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten (mit der beschlossenen Ergänzung im Kapitel "Antrag"), unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.

5. Planungsbeschluss; Änderung der Gemeindeordnung

Abstimmungsvorlage und Abstimmungsbotschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Zuerst teile ich mit, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) schriftlich bestätigte, dass mit der vorgesehenen Änderung der Gemeindeordnung aus gemeinderechtlicher Sicht die erforderliche Grundlage für den Planungsbeschluss geschaffen wird. Die GPK hielt sich darüber auf, dass die Vorlage im Vergleich zu den beiden vorangehenden Vorlagen relativ lang ausgefallen ist. Gemeindepräsident Luc Mentha ist der Meinung, der Planungsbeschluss sei für eine NPM-Vorlage extrem knapp gehalten. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Beschlüsse gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu fällen. Auch für diese Vorlage beantragen die GPK-Mitglieder die Einsetzung der Redaktionskommission mit folgenden Empfehlungen: Auf Seite 14 sind die beiden Abschnitte unter "Das Wichtigste in Kürze" zu einem Abschnitt zu verschmelzen und statt "In diesem Zusammenhang" ist die Formulierung "Dazu" zu verwenden. Auf Seite 15 ganz oben ist das Wort "exakt" durch "heute" zu ersetzen. Der letzte Abschnitt auf Seite 16 ("Zusammenfassend ...") ist grau zu hinterlegen. Auf Seite 3 ist eine Übersicht über die zur Abstimmung kommenden Vorlagen abzugeben (Kürzestzusammenfassung).

Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat erklärt sich mit diesen Empfehlungen einverstanden.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Valentin Lager (CVP): In der GPK wurde lange über diese Vorlage diskutiert, weil die Botschaft mit mehr als 6 Seiten zu lang ausgefallen ist, wie auch der GPK-Präsident Harald Henggi bereits erwähnte. Das ist ein ziemliches Missverhältnis im Vergleich mit der Wichtigkeit der vorherigen Vorlagen. Dass sie für eine NPM-Erklärungsvorlage durchaus effizient und gut ist, möchte ich keinesfalls bestreiten. In der GPK fiel während der Diskussionen auch die Idee, die NPM-spezifischen Details in einen Anhang zu platzieren, damit die Vorlage lesbarer wird. Ich gebe einen als Empfehlung kaschierten Antrag – da keine Anträge gestellt werden können – an die Redaktionskommission ab: Auf Seite 19, "Folgen bei einer Ablehnung" sind in meinen Augen die beiden ersten Sätze "Das Parlament hat die reglementarischen Grundlagen für das Könizer Modell bereits geschaffen. Es fehlt nur noch die gesetzliche Grundlage für den Planungsbeschluss, der einer der zentralen Bestandteile des Modells darstellt" anders zu formulieren. Bei kritischen Stimmberechtigten – die ich hier vertreten möchte – könnte beim Lesen dieser beiden Sätze das Gefühl aufkommen, dass zwar etwas gemacht wurde, dafür nun aber noch die Bestätigung an der Urne notwendig ist, weil sonst etwas schief laufe.

Jan Remund (Grüne): Die Grünen stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu. Der Planungsbeschluss ist für uns immer noch eine gute Sache. Der Text der Abstimmungsbotschaft soll durch die Redaktionskommission noch überarbeitet werden. Um ehrlich zu sein, habe ich diesen Text nur gelesen, um heute Stellung zu nehmen. Er ist eindeutig zu lang ausgefallen. Für uns Parlamentsmitglieder ist der Text verständlich, für Personen ohne Vorkenntnisse jedoch zu kompliziert verfasst. Die Formulierung muss auch für den Grossvater oder die Grossmutter verständlich sein. Deshalb geben wir Grünen folgende Empfehlung ab: Die Redaktionskommission soll vor allem die Zusammenfassung des Textes gänzlich überarbeiten und verständlicher formulieren.

Hugo Staub (SP): Der Text ist zu lang, der Titel aber zu kurz. Wir empfehlen ebenfalls die Einsetzung der Redaktionskommission, die unter anderem den langen Text überarbeiten soll. Ich möchte anregen, den Titel des Geschäftes in eine minimale inhaltliche Aussage umzuformulieren, wie z. B. beim Titel "Areal Gurtenbrauerei; Änderung des Nutzungsplans und des Baureglements". Ein Titel "Planungsbeschluss, Änderung der Gemeindeordnung" sagt wenig aus.

Martin Graber (SP): Jan Remund, ich glaube nicht, dass die Grossväter oder Grossmütter das Problem sind, sondern in meinen Augen könnten eher die Gymnasiasten mit der Abstimmungslektüre Mühe haben.

Hermann Gysel (EVP): Ich bin Mitglied der Einbürgerungskommission und spreche mit Personen, die sich dafür interessieren, Schweizer Bürger zu werden. Wenn Sie als kleine Mäuschen einmal einem solchen Gespräch zuhören könnten, würden Sie sehen, welches Verständnis von der Schweiz bei diesen Personen vorhanden ist. Ein guter Gesichtspunkt für jene, die Abstimmungsbotschaften verfassen, wäre, sich einmal in die Situation einer einbürgerungswilligen Person zu versetzen und den Text aus dieser Sicht lesen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat ist, wie in der GPK-Sitzung ausgeführt, felsenfest davon überzeugt, dass die vorliegende Abstimmungsbotschaft die konziseste und kürzest mögliche Fassung ist, die je über New Public Management in diesem Land geschrieben wurde. Wenn Sie jedoch der Meinung sind, eine noch kürzere Fassung sei möglich, bin ich auf das Resultat der Redaktionskommission gespannt. Die Weisheit "wenn ich mehr Zeit gehabt hätte, hätte ich es kürzer geschrieben", kann auch hier zum Tragen kommen. NPM-spezifische Teile der Vorlage herauszubrechen und in einen Anhang zu verlegen, wie das gemäss den Aussagen von Valentin Lagger in der GPK diskutiert wurde, überzeugt in meinen Augen gar nicht.

Detailberatung

Der Antrag, die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft einzusetzen, wird grossmehrheitlich angenommen.

Mit 36 : 0 Stimmen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Mit 36 : 0 Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, die Änderung der Gemeindeordnung (Planungsbeschluss, Art. 52a) zu beschliessen.*

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. *Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung der Gemeindeordnung vom 24. Februar 2008.*

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

3. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

6. Areal Gurtenbrauerei; Änderung des Nutzungsplans und des Baureglements Abstimmungsvorlage und Abstimmungsbotschaft; Direktion Planung und Verkehr

Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Für das Areal der Gurtenbrauerei liegt die rechtsgültige Überbauungsordnung vom 8. August 2003 vor. Die wichtigsten Fakten daraus: Die Bruttogeschossfläche (BGF) beträgt 38'600 m². 11 Prozent sind für Wohnnutzung vorgesehen, 62 Prozent für Büros und Dienstleistungen. Es handelt sich um eine Arbeitszone. Im Jahr 2005 nahmen die Arealentwickler und die Grundeigentümer Kontakt mit dem Gemeinderat auf, weil sie auf diesem Areal eine grössere Wohnnutzung realisieren wollten. Die bisherigen Projekte für die Erschliessung von Dienstleistungsbetrieben schlugen alle aus verschiedenen Gründen fehl. Nach einer Testplanung kam man zum Schluss, dass die bestehende Überbauung mehr Wohnraum zulässt und die in der Überbauungsordnung festgehaltene BGF richtig ist. Wie wird nun vorgegangen? Eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) wird geschaffen, welche eine höhere Wohnnutzung zulässt. Die bisherige Überbauungsordnung bleibt in Kraft, bis ein Wettbewerbsergebnis vorliegt. Der Gemeinderat hat mit den Investoren ein qualitätssicherndes Verfahren in Form eines Studienauftrages mit drei Teams gestartet. Gleichzeitig wurde eine Infrastrukturvereinbarung vorgenommen. Die beiden Vereinbarungen liegen den GPK-Mitgliedern vor. Die neue ZPP beinhaltet auch die Möglichkeit einer Fusswegverbindung vom Areal Gurtenbrauerei zum Gurtenbühl, was der Schulwegsicherung dient. Einsprachen

liegen, bis auf die übliche Rechtsverwahrung der BLS, keine vor. Zum Thema Heimatschutz: Auf dem Areal befinden sich diverse erhaltenswerte Gebäude. Man sieht vor, den Heimatschutz in die Jury zu involvieren. In der Jury werden ebenfalls der Gurtenbühl- und der Wabernleiste mit beratender Stimme vertreten sein. Die auf dem Areal ansässigen Gewerbebetriebe stehen der Planung grundsätzlich positiv gegenüber, wenn sie dort ansässig bleiben dürfen. Sie belegen hauptsächlich die hinteren, zur Wohnnutzung ungeeigneten Teile des Areals. Folgende Fragen wurden in der GPK aufgeworfen: Nehmen jene Architekten, die sich an der Testplanung beteiligten, nun auch am Wettbewerb teil? Das wird nicht der Fall sein, diese Architekten werden lediglich in beratender Funktion mitun. Die Frage nach dem Preissegment der Wohnungen wurde dahingehend beantwortet, dass sich dieses sicher nicht einer unteren Preiskategorie befinden wird. Grundsätzlich bleibt in Bezug auf das Verkehrsregime die Planung vom 8. August 2003 gültig. Der Verkehr ist jedoch auch Teil des Studienauftrages. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft einzusetzen.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Liz Fischli (Grüne): Freude herrscht, das Areal Gurtenbrauerei wird endlich aus einem langen Schlaf geweckt, der sich im Nachhinein als Dornröschenschlaf entpuppt, denn es soll in eine viel versprechende Zukunft geführt werden. Die Medien haben darüber berichtet. Das Brauerei-Areal soll sich zu einem anziehenden Quartier mit Charme weiter entwickeln. Bestehendes soll mit Neuem verknüpft werden und Wohnen, Handwerk und Gewerbe sollen wie im Stadtberner Mattequartier in einem inspirierenden und charakteristischen Nebeneinander bestehen können. Die angestrebte Entwicklung wird in Wabern tatsächlich erfreut zur Kenntnis genommen. Auch die Fraktion der Grünen Köniz begrüsst die Grundzüge der vorgeschlagenen ZPP. Wir befürworten die Erhöhung des Wohnanteils; er ist zweckmässig. Wir finden es wichtig, dass die bestehenden Betriebe wie versprochen zu angemessenen Bedingungen ansässig bleiben können. Damit beweisen die Investoren, dass es ihnen mit dem Nebeneinander von Bestehendem und Neuem wirklich ernst ist. Wir erwarten aber von den Gemeindebehörden, dass sie die Investoren hinsichtlich der verschiedenen Versprechen beim Wort nehmen und ein besonderes Augenmerk auf eine wirklich sanfte Renovierung der bestehenden Bausubstanz legen werden. Wir begrüssen, dass mit dem geplanten öffentlichen Verbindungsweg durch das Areal einem alten Anliegen Rechnung getragen wird. Es soll jedoch überprüft werden, ob die Verbindung nicht nur zum Gurtenbühl hin, sondern auch in Richtung Spiegel ausgebaut werden könnte. Der Verbindungsweg soll als Fuss- und Radweg ausgestattet sein. Familien mit Schulkindern wären dafür sehr dankbar. Erfreulich ist, dass hier von Anfang an eine grössere Ballspielfläche verbindlicher Bestandteil der ZPP ist. Man muss jedoch betonen, dass diese Spielfläche die übrigen Aufenthalts- und Spielflächen nach kantonalem Recht nicht ersetzen, sondern nur vervollständigen kann. Auch darauf sollte die Gemeinde bei der weiteren Planung achten. In den Augen der Grünen Köniz ist es auch richtig, dass die alte Überbauungsordnung bis zum Vorliegen eines griffigen Planungsergebnisses in Kraft bleibt.

Wir haben einige Fragen und hoffen, dass diese durch den Gemeinderat geklärt werden können. Es ist erstens schade, dass in Ziffer 4 Punkt 1 der ZPP das unterirdische Parkieren nicht verbindlich verlangt wird, sondern nur als Möglichkeit vorgesehen ist. Wurde hier etwas verpasst? Wir hoffen, dass die Parkierung weitgehend unterirdisch realisiert werden kann. Weshalb ist gemäss ZPP in Ziffer 4 Punkt 5 ein Planungs- und Infrastrukturvertrag nur anzustreben und nicht verbindlicher Bestandteil des Vorhabens? Oder vielleicht doch? In unseren Unterlagen zum Geschäft ist Folgendes unklar: In Punkt 3 unter Vorgehen ist festgehalten, dass es voraussichtlich zu einem Studienauftrag in Konkurrenz kommen soll. Im gleichen Abschnitt steht aber auch geschrieben, dass die Grundsatzvereinbarung Festlegungen für einen qualitätssichernden Studienauftrag enthalte. Vermutlich handelt es sich hier um einen redaktionellen Widerspruch. Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hält im "Köniz Innerorts" vom November 2007 ausdrücklich fest: Wenn gebaut wird, gelte der Standard Minergie P. Inwiefern ist der Standard hier gewährleistet? Abschliessend halten wir fest, dass das ehemalige Brauerei-Areal am Gurten geradezu prädestiniert ist für eine Gestaltung mit einer grösseren raumwirksamen Ausstrahlung. Damit aber die gute Abstützung im Quartier wirklich gelingt, sollen die Vertretungen der interessierten umliegenden drei Quartierleiste – auch jener aus dem Spiegel

– und die direkt Anwohnenden in die weitere Planung einbezogen werden; z. B. eine Vertretung der Kleingewerbe. So können auch angemeldete gute Ideen, wie die Nutzung des öffentlichen Raums auch für kulturelle Zwecke, unter dem Stichwort Platz für Kultur unter einem Dach berücksichtigt werden. Wir erwarten von der Gemeinde, dass sie der angestrebten und in der ZPP in den Grundzügen festgeschriebenen Qualitätsentwicklung im weiteren Planungsprozess zum Durchbruch verhelfen kann.

Ueli Salvisberg (SVP): Bei diesem Geschäft beraten wir die Änderung von Nutzungsplan und Baureglement. Die ganze Zone soll in eine Zone mit Planungspflicht geändert werden. Die am 8. August 2003 genehmigte BGF von 38'000 m² soll bestehen bleiben. Die Nutzung selber wird neu überdacht. So ist ein höherer Anteil Wohnen vorgesehen, ca. 50 bis 55 Prozent der erwähnten BGF. Eine solche Zusammensetzung zwischen Wohnen, Arbeiten und Dienstleistung kann sich sehr befruchtend für den Mikrokosmos Brauerei-Areal auswirken. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist besonders wichtig, dass ein sicherer Fussweg durch das ganze Areal führt. Dieser Fussweg dient den Kindern als Schulweg und stellt einen nicht zu unterschätzenden Punkt in der Schulwegsicherung dar. Die Änderungen in Nutzungsplan und Baureglement haben aus Sicht der SVP-Fraktion Hand und Fuss und deshalb stimmen wir diesem Geschäft einstimmig zu.

Anna Mäder (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die vorgesehene Änderung des Nutzungsplans für das Areal der Gurtenbrauerei. Ich nahm als eine der wenigen heute Anwesenden an der Präsentation der PSP Swiss Property in den riesigen Räumlichkeiten der ehemaligen Brauerei teil. Die Präsentation war sehr beeindruckend und wenn wirklich alles umgesetzt werden kann, was sich Eigentümer und Planende vorstellen, wird dieses Areal mit Sicherheit ein Gewinn für Wabern, aber auch für die Gemeinde sein. Offensichtlich sind hier finanzkräftige Investoren mit einer Vision am Werk, die sie umzusetzen gewillt sind. Es ist deshalb wichtig, dass die Gemeinde nun die planungsrechtlichen Grundlagen für die Umsetzung der Vision schafft. Risiken gehen wir keine ein; wir können nur gewinnen. Die vorgesehene ZPP erlaubt weiterhin eine gemischte Nutzung, das ist in meinen Augen richtig. Ich finde es aber auch wichtig, dass die heute Gewerbetreibenden auf diesem Areal die Möglichkeit haben, weiterhin zu fairen Bedingungen ansässig zu bleiben. Ob die Wohnnutzung wirklich in der Art möglich sein wird, wie sich dies die Investoren vorstellen, wird sich noch weisen. Die Lage am Gurtenhang ist sehr speziell; einerseits mit einer atemberaubenden Aussicht auf die Stadt Bern, andererseits aber sehr schattig. Die Investoren glauben daran, dass diese Wohnungen Anklang finden werden. Mich als Einwohnerin von Wabern würde dies sehr freuen. Eine Belegung des Gurten-Areals bedeutet eine klare Aufwertung für Wabern und verdient Unterstützung. Wir haben anlässlich der Präsentation und Begehung gesehen, dass möglicherweise unter dem Titel "Kunst am Bau" noch neuer Raum in Form von Aussenraum für Kultur entstehen könnte. Das wäre besonders schön und ein Gewinn für die Bevölkerung von Wabern und die Gemeinde Köniz. Wir werden dies aufmerksam verfolgen und wünschen uns, dass der Gemeinderat hier unterstützend mithelfen wird. Nicht zuletzt und besonders wichtig ist die Verwirklichung des langjährigen Quartieranliegens einer arealquerenden Fussgängerverbindung vom Gurtenbühl durch das Brauerei-Areal nach Wabern. Dieser Punkt ist vor allem im Interesse der Schulkinder, die so gefahrlos vom Gurtenbühl zu den Schulhäusern in Wabern gelangen. Das Anliegen wurde nun in die ZPP-Bestimmungen aufgenommen. Zusammenfassend: Wir sind froh, haben wir finanzkräftige Investoren mit neuen Visionen für das brach liegende Areal gefunden. Es ist richtig, wenn wir mithelfen, die planungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit das spannende Projekt verwirklicht werden kann.

Hermann Gysel (EVP): Es handelt sich, gemäss Planungszweck Punkt 1.1 auf Seite 35, um einen spannungsvollen Dialog zwischen alter und neuer Siedlungsstruktur. Wer sich einen solch spannungsvollen Dialog in natura ansehen will, dem empfehle ich einen Besuch von Zürich West. Dort hat sich das ehemals heruntergekommene Industriequartier in den letzten 20 Jahren zur Kulturmeile oder zu einem so genannten Trendquartier entwickelt. Man erhält eine Ahnung davon, was es bedeuten kann, wenn solch alte Bausubstanz sanft renoviert wird. Da gehen wir – hier widerspreche ich Anna Mäder ein wenig – nicht nur keine Risiken ein, sondern es ist eine subtile Angelegenheit, zwischen Investor und Gemeinde eine Vereinbarung zu finden, die dem Investor die Sicherheit gibt und die Anliegen der Gemeinde befriedigt. Einige solche Anliegen kamen mir zu Ohren. Der erste Punkt ist der Einbezug der verschiedenen Quartierleiste, die darüber ziemlich kurzfristig orientiert worden sind. In diesem

Punkt müssen wir uns als Gemeinde noch verbessern, weil Quartierleiste sehr stark die Interessen der Quartierbevölkerung einbringen können. Die CVP/EVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke herzlich für die zustimmenden und freudigen Voten zum Areal Gurtenbrauerei. Zuerst beantworte ich die gestellten Fragen. Wenn ich Liz Fischli in Bezug auf das unterirdische Parkieren verstanden habe, sind Bedenken vorhanden, es seien zu viele oberirdische Parkmöglichkeiten vorhanden. Unter "Verschiedene Bestimmungen" in der Zonenplanänderung ist festgehalten, dass "eine geringe Anzahl von oberirdischen Parkplätzen erlaubt ist". Die Anzahl der unterirdischen Parkplätze beträgt, wie in der alten Überbauungsordnung 170 Parkplätze. Zum Thema Spielfläche: Im Programm des Studienauftrages ist aufgeführt, dass speziell auf die Aussenraumgestaltung Rücksicht genommen werden soll und Spielflächen für Ballspiele etc. einzuplanen sind. Die Verbindungen ins Gurtenbühl und zur Bahn sind in der ZPP explizit erwähnt; die Verbindung in Richtung Spiegel hingegen nicht. Diese Verbindung wird nicht einfach zu realisieren sein, da ein hoher Niveauunterschied zu überwinden ist. Der Studienauftrag wird zustande kommen. Den GPK-Mitgliedern wurde die entsprechende und bereits unterzeichnete Vereinbarung über Infrastruktur und Planung vorgelegt. Ich habe deutlich festgehalten, dass ich mich für den Standard Minergie P einsetzen werde, versprechen kann ich jedoch nichts. Die Investoren haben mir versichert, dass Minergie für sie Standard sei und über Minergie P könne diskutiert werden. Zu den sonstigen Anliegen, wie öffentlicher Aussenraum, Raum für Kultur: Diese Anliegen sind sehr gut und ich werde sie unterstützen. Sie werden sicher durch die drei Quartiervertretungen eingebracht. Je eine Vertretung des Wabern- und Gurtenbühleistes nimmt in der Jury Einsitz. Die Vertretung des Spiegelleistes ist Ersatzmitglied, wird jedoch stets mit allen Unterlagen bedient. Drei Gründe machen mir grosse Hoffnungen, dass das Vorgesehene realisiert werden kann: Der Grundeigentümer will sich nun selber engagieren. Die PSP Swiss Propriety hat grosse Erfahrung in der Entwicklung von solchen Arealen. Mit der Öffnung der Zonenvorschriften sind mehr Möglichkeiten vorhanden. Die Grundsatzvereinbarung mit der PSP für den Studienauftrag ist für dieses spezielle Areal sehr wichtig. Die Realisierung des Vorgesehenen wird eine Aufwertung für Wabern bedeuten. Ich selber bin davon überzeugt, dass es sich um ein attraktives Areal handelt. Wenn wir auf diesem Areal Altes und Neues sorgfältig zusammenfügen können, bin ich sicher, dass es an Anziehungskraft gewinnen wird.

Der Antrag, die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Abstimmungsbotschaft einzusetzen, wird einstimmig angenommen.

Mit 36 : 0 Stimmen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Mit 36 : 0 Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, der Änderung des Nutzungsplans Teilgebiet Wabern und des Baureglements über die "Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 2/3 Areal Gurtenbrauerei" zuzustimmen.*

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

7. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme/Nachkredite; Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Es handelt sich um die zweite Serie Kreditabrechnungen 2007. Der Detailbericht der Finanzkontrolle liegt über sieben Kreditabrechnungen vor. Fünf davon bewegen sich innerhalb von ± 5 Prozent, d. h. es müssen keine Begründungen für Kreditunter- oder überschreitungen vorgenommen werden. Trotzdem sind wir froh, wurde das Wichtigste dazu festgehalten. Die Kreditunterschreitung von knapp 15 Prozent im Kredit 4 wurde erreicht, weil die Arbeiten 10 % Prozent günstiger als im Kostenvoranschlag angenommen, vergeben werden konnten. Bei den Abrechnungen 5 und 6 erkundigte sich die GPK nach der Abfolge der verschiedenen Kredite (Gemeinderat/Parlament). Der Gemeindepräsident lieferte die entsprechenden Details zuhanden des Protokolls nach. Nach der Prüfung

der Kreditabrechnungen empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, die Beschlüsse gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu fällen, d. h. Kenntnis zu nehmen und zwei Nachkredite zu bewilligen.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Niklaus Hofer (SVP): Uns werden sieben Kreditabrechnungen vorgelegt. Fünf mit Kreditunterschreitungen und zwei mit Kreditüberschreitungen. Für die Mitglieder der SVP-Fraktion ist Kreditabrechnung 6 nicht ganz nachvollziehbar. Wir gehen davon aus, dass dieser Kredit in zwei Tranchen – in den Jahren 1989 und 1994 – gesprochen wurde. Wir gehen davon aus, dass die Sanierung der Schulanlage Niederwangen vollzogen ist. Aus irgendwelchen Gründen dauerte es jedoch einige Jahre, bis die Abrechnung nun endlich dem Parlament zur Kenntnisnahme vorliegt. Das Parlament muss zum Teil sehr lange warten, bis Kreditabrechnungen endlich zur Kenntnisnahme vorliegen. Ich bitte die zuständigen Gemeinderatsmitglieder, diesen Umstand zu überdenken und die Kreditabrechnungen zu einem früheren Zeitpunkt vorzulegen. Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen und wird den beiden Nachkrediten zustimmen.

Valentin Lagger (CVP): Wie Harald Henggi richtig erwähnte, wurde zuhänden des GPK-Protokolls beantwortet, weshalb in den Kreditabrechnungen 5 und 6 einmal der Gemeinderat, einmal das Parlament und dann wieder der Gemeinderat einen Kredit bewilligten. Aus dieser Lektüre wurde ich nicht richtig schlau und ich bitte den Gemeindepräsidenten, dies zuhänden einer breiteren Öffentlichkeit nochmals zu erklären und insbesondere bei der Erklärung zum Kredit 5 festzuhalten, weshalb der Gemeinderat die Kredite im Wert von insgesamt 225'000 Franken in eigener Kompetenz hätte sprechen dürfen. Damit wird die Frage beantwortet, ob es formell richtig notwendig wäre, dass das Parlament hier noch einen Nachkredit bewilligen müsste, weil dieser Kredit klar in die Kompetenz des Parlaments fällt. Wenn ich das Protokoll richtig gelesen habe, ist nirgends die Rede von gebundenen Ausgaben und in diesem Sinn muss dieser Kredit als ein Ganzes betrachtet werden.

Urs Maibach (Grüne): Wir Grünen haben die Kreditabrechnungen geprüft und mit Zufriedenheit festgestellt, dass fünf der sieben Abrechnungen nicht den vollen Kredit ausschöpfen, d. h. eine Kreditunterschreitung vorliegt. Bei Kredit 6, Schulanlage Niederwangen, wurde die Kreditüberschreitung ausführlich begründet, obschon diese Überschreitung innerhalb der 5-Prozent-Marke liegt. Die den Kreditüber-/unterschreitungen angefügten Bemerkungen sind grundsätzlich informativ. Ich wünsche, dass dies weiterhin beibehalten wird. Die Fraktion der Grünen nimmt die Kreditabrechnungen zur Kenntnis und genehmigt die beiden Nachkredite.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme Stellung zur Frage von Valentin Lagger. Es handelt sich vor allem um Kreditabrechnung 5, Abbauplanung (Kies, Gestein usw.) Ein erster Kredit in der Höhe von 50'000 Franken wurde 1989 vom Gemeinderat bewilligt und 1993 musste der damalige Grosse Gemeinderat einen Kredit von 168'500 Franken bewilligen, weil diese beiden Beträge zusammengezählt die Kreditkompetenz des Gemeinderates von 200'000 Franken überschritten. Beim dritten und vierten Kredit – je 1997 – handelt es sich jeweils um Nachkredite und diese liegen gemäss Art. 61 Gemeindeordnung bis zu 200'000 Franken in der Finanzkompetenz des Gemeinderates, wenn es sich um Parlamentskredite handelt.

Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich informiere über Kredit 6, Schulanlage Niederwangen. In den Jahren 1989 und 1994 wurden vom Gemeinderat Kredite für die Projektierung gesprochen. Erst 1994 wurden dem damaligen Grossen Gemeinderat Verpflichtungskredite vorgelegt. Aber ich gebe Niklaus Hofer recht, die Abrechnung ist sehr alt, was ich auch nicht gut finde. Es handelt sich hier jedoch um Geschichten aus der Vergangenheit, die ich nicht beeinflussen kann. Ich versichere Ihnen jedoch, dass die Abrechnungen meine Direktion betreffend in Zukunft spätestens 3 Jahre nach Bezug der Räumlichkeiten vorliegen werden. Zu Urs Maibach: Deine positiven Worte für die detaillierte Stellungnahme zu den Krediten freut mich.

Detailberatung

Kredit 5, Abbauplanung (Kies, Gestein usw.)

Rolf Zwahlen (EVP): Zu diesem Kredit wäre ich um eine genauere Erklärung des Gemeinde-

rates dankbar, wo die Eigenleistungen von rund 140'000 Franken berücksichtigt sind.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Wir weisen hier Ausführungskosten in der Höhe von 772'395.05 Franken aus, exklusive Eigenleistungen.

Rolf Zwahlen (EVP): Das heisst, die Eigenleistungen sind in den Bruttokosten berücksichtigt?

Gemeindepräsident Luc Mentha: Diese Frage kann ich nicht aus dem Stegreif beantworten, dazu sind Abklärungen notwendig.

Einstimmig, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Kreditabrechnungen:

Nr.	FIK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abw.	in %	NK Pa.
1	86	320.365.75	DBS	Verein Jugendarbeit VfJK 2001-2004	2'200'000.00	2001	2'128'095.35	-71'904.65	-3.27	
2	81	121.352.70	DBS	Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Köniz an den vier bedeutenden Institutionen in der Stadt Bern	4'104'475.00	1997	4'167'341.00	62'866.00	1.53	62'866.00
3	105	362.503.1662	DBA	Schulanlage Niederwangen, Erweiterung Oberstufe resp. Ausbau	296'000.00	2000	278'639.45	-17'360.55	-5.87	
4	99	242.501.0231	DPV	Köniz, Korrektur Köniz-/Schwarzenburgstrasse kommunaler Teil inkl. Busspur	1'700'000.00	2001	1'450'252.80	-249'747.20	-14.69	
5	115	210.581.0105	DPV	Abbauplanung (Kies, Gestein usw.)	135'118.00	1989, 1993, 1997	128'847.25	-6'270.75	-4.64	
6	107	362.503.1657	DBA	Schulanlage Niederwangen: Sanierung Aussensportanlagen und Neugestaltung Pausenbereich/Erweiterung Schulhaus	2'573'050.00	1989, 1994	2'695'445.45	122'395.45	4.76	122'395.45
7	100	242.501.0230	DPV	Köniz, Anpassung Landorf- und Sägestrasse	2'460'000.00	2000, 2004	2'430'686.65	-29'313.35	-1.19	

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. Das Parlament bewilligt die erforderlichen Nachkredite:

Fr. 62'866.00 zu Lasten Konto Nr. 121.352.70 Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Köniz an den vier bedeutenden Institutionen der Stadt Bern.

Fr. 122'395.45 zu Lasten Konto Nr. 362.503.1657 Schulanlage Niederwangen: Sanierung Aussensportanlagen und Neugestaltung Pausenbereich/Erweiterung Schulhaus.

Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen.

9. 0724 Dringliches Postulat (Grüne) betr. Buserschliessung Ried auf bestehendem Strassennetz

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Jan Remund (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die gute Aufnahme unseres dringlichen Postulates. Wir Grünen erklären uns von der Antwort des Gemeinderates befriedigt. Unser Ziel, die Überprüfung der Erschliessungsvariante Ried, ist somit erreicht. Wir erklären uns mit dem Gemeinderat einverstanden, dass eine bessere Buserschliessung als heute vonnöten ist. Einerseits muss der Bus ins Quartier hineingeführt werden, die Distanz zu den bisherigen Haltestellen ist besonders für die 150 neuen Wohnungen zu gross. Andererseits soll der Bus häufiger und auch abends fahren. Wie der Antwort des Gemeinderates entnommen werden kann, soll der Bus in Zukunft auch bei "Nacht und Nebel" fahren. Trotzdem ist es sicher sinnvoll, die Varianten nun in Ruhe zu prüfen. Die ursprünglich geplante Strasse durch die Hofstatt zerstört einen Teil des Naherholungsgebietes Ried. Sie macht auch deshalb keinen Sinn mehr, weil feststeht, dass der Weiler nicht abgerissen werden soll. Die Strasse wäre günstig zu erstellen, deren Rückbau kann jedoch teuer zu stehen kommen. Es wäre auch nicht gut, die Anwohnenden mit dem Bau der Strasse zu verärgern und damit noch mehr Widerstand gegen die Realisierung der Überbauung zu wecken. Eine grössere neue Strasse soll aus unserer Sicht nur im Zusammenhang mit dem Resultat des laufenden Architekturwettbewerbes realisiert werden. Wir sehen aber auch die kritischen Punkte der Erschliessung

über das bestehende Strassennetz: Die schlechte Übersichtlichkeit der Strasse und die Fahrzeit der Busse können sich als Probleme herausstellen. Für die Realisierung einer neuen Strasse würden wir die in der Antwort des Gemeinderates aufgeführte Diagonale vorziehen, aber es muss ein einfacher Rückbau möglich sein. Die Rückbaubarkeit und die Kosten dafür sollen beim Vergleich der Varianten berücksichtigt werden. Damit wird sichergestellt, dass mit der provisorischen Erschliessung kein "fait à complis" geschaffen wird. Wir Grünen stimmen für die Annahme des Postulates.

Claudia Egli (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion wissen es zu schätzen, dass der Gemeinderat in seiner Antwort ausführt, er werde die verschiedenen Varianten für die Erschliessung einer Buslinie ins Ried prüfen. Im Zusammenhang mit der Variantenprüfung ist auffällig, dass der Kanton für die zuerst aufgelegte Strasse seine Zusicherung und finanzielle Unterstützung gab. Hier lege ich dem Gemeinderat Folgendes ans Herz: Der Gemeinderat soll bei der Prüfung der Varianten das Gespräch mit dem Kanton suchen und ihm erklären, dass eine Strasse in diesem Gebiet sehr erwünscht, aber infolge der laufenden Planung die Streckenführung noch nicht klar ist. Wenn der Gemeinderat festhält, es sei ihm ein grosses Anliegen, den öffentlichen Verkehr im Wangental zu unterstützen, freut das uns Wangentaler sehr. Wenn jedoch erklärt wird, dass bei einer Überschreitung von 2 Minuten Fahrt für die Schlaufe Ried ein zusätzlicher Bus eingesetzt werden müsste, wodurch für die Gemeinde Köniz Mehrkosten entstünden, muss dieser Umstand etwas genauer ausgeführt werden. Wenn weiter zu lesen ist, dass drei Stationen im Wangental – Thörishaus Dorf und Station sowie Oberwangen – weiterhin halbstündlich bedient werden, d. h. nur im Tor zum Wangental, in Niederwangen wird der Viertelstundentakt funktionieren, muss man sich gesamtheitlich überlegen, ob eine zusätzliche Buslinie Sinn machen würde. Diese Buslinie könnte durch das ganze Wangental gezogen und somit eine bessere Bedienung von Oberwangen und Thörishaus erreicht werden.

Daniel Krebs (SVP): Die SVP-Fraktion hat nichts gegen die Erschliessung des Riedquartiers durch den öffentlichen Verkehr. Aber auch wir haben Mühe mit der vorgesehenen Linienführung der neuen Verbindungsstrasse. Wir glauben, dass es für den weiteren Verlauf der Planung Ried problematisch sein kann, eine Strasse an einem vielleicht falschen Ort zu realisieren. Bis die Planung Ried Realität wird, wird es noch etwas dauern. Es wäre deshalb schade, würde zum jetzigen Zeitpunkt eine Linienführung gewählt, mit der bestes Kulturland inklusive Hofstatt vernichtet wird. Wir bitten den Gemeinderat, das Projekt wie vorgesehen nochmals vertieft zu überprüfen, damit in der Bevölkerung nicht noch grösserer Widerstand gegen die Überbauung Ried geweckt wird. In der Postulatsbeantwortung ist festgehalten, dass für die Einsetzung eines zusätzlichen Fahrzeugs Mehrkosten von 130'000 bis 150'000 Franken entstehen könnten. Wir fragen uns nun, ob, bevor die Planung in Angriff genommen wird, nicht bekannt sein müsste, ob der Kanton die Einsetzung eines zusätzlichen Fahrzeuges verlangt oder nicht. Wir stimmen für die Annahme des Postulates.

Marco Streiff (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion begrüsst eine Buserschliessung im Ried grundsätzlich klar. In der Bevölkerung rief die geplante Neuerschliessung der Strasse aber Unmut hervor. Wir verstehen den Gemeinderat und die Verwaltung, dass mit der Benützung des Schalenholzweges für den öffentlichen Verkehr Probleme entstehen. Es wäre schade, wenn eine teure neue Strasse realisiert wird, die kein Bestandteil des laufenden Wettbewerbes im Ried ist. Es ist keinesfalls klar, ob diese neue Strasse dann in der weiteren Planung überhaupt Bestand haben wird. Die bestehende Hofstatt würde aber durch eine eventuell voreilige Realisierung vernichtet. Wir sind der Meinung, dass der Weiler Ried möglichst lange geschützt werden muss. In unseren Augen ist es positiv, dass der Gemeinderat nun gewillt ist, die Variante Diagonal zu prüfen. Uns erscheint, nach Gesprächen mit Betroffenen und Landbesitzern, diese Variante die sinnvollste zu sein. Die CVP/EVP-Fraktion wird der Annahme des Postulates zustimmen.

Christian Balz (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion hat für dieses Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Hier meine persönliche Stellungnahme: Wie die Arbeitsgruppe für Planungsfragen Wangental (APW), der Ortsverein Niederwangen und die gesamte Bevölkerung des Wangentals, habe ich nichts gegen die Buserschliessung des Ried in Niederwangen einzuwenden. Ebenfalls unterstütze ich eine bessere Erschliessung des bereits existierenden Siedlungsgebietes. Viele Anwohnende werden dadurch von kürzeren Wegen zum öffentlichen Verkehr profitieren.

Auf keinen Fall dürfen jedoch Aktionen durchgeführt werden, die den eben angelaufenen Planungswettbewerb beeinträchtigen und teure Provisorien auslösen könnten. Ich schliesse mich der Forderung der APW an und fordere den Gemeinderat auf, auf die unverhältnismässig teure Neuanlage einer Strasse zu verzichten und stattdessen den Schalenholzweg durch Erstellen von Ausweibuchten und Belagseinbau bernmobilgerecht auszubauen. Als Alternativlösung käme für mich auch die in der Kommission Wangental besprochene Variante Diagonal (grüner Pfeil auf der Darstellung) in Frage.

Bernhard Bichsel (jfk): Auch wir Jungfreisinnigen haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt erwähnt, dass wir eine Überprüfung der Strasse wünschen. Aus diesem Grund stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme des Postulates zu. Wir möchten nochmals betonen, dass in unseren Augen die Erschliessung des Ried durch den öffentlichen Verkehr und der Bau der Strasse integraler Bestandteil des Ideenwettbewerbes sein sollen. Kreativität soll nicht bereits früh eingeschränkt werden, vor allem dann nicht, wenn 300'000 Franken dafür bezahlt wurden.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die positiven Voten in Bezug auf die Erschliessung des Ried durch den öffentlichen Verkehr, was ja ein Legislaturziel des Gemeinderates ist. Uns wurde vom Kanton zugesichert, dass es im öV-Angebot Konzept Bern-West möglich ist, in zwei Minuten die Schlaufe Ried zu befahren und somit kein Einsatz eines zusätzlichen Busses notwendig ist. Wir haben nicht nur das Einverständnis des Kantons, sondern auch die Zusage der Miteigentümer im Ried (MEG), dass sie sich finanziell an der provisorischen Route beteiligen werden. Im Ried besteht schon heute ein Potenzial an Kunden des öffentlichen Verkehrs. Je später wir dieses Gebiet erschliessen, desto weniger Personen werden den öffentlichen Verkehr benützen. Die zukünftige Planung wird mit dieser Route – ich erkläre dies hier nochmals – nicht tangiert. Es handelt sich um eine mögliche Variante im Wettbewerbsprogramm und sie kann – muss jedoch nicht – integriert werden. Man muss davon ausgehen, dass eine Strasse durch das Ried für die gesamte Überbauung geplant wird und nicht nur für den öffentlichen Verkehr. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass eine zukünftige Linienführung bereits jetzt auf der grünen Wiese realisiert werden kann. Die von einigen Votanten angesprochene Lösung Diagonal führt durch eine bestehende Hofstatt und dafür müssen sicher einige Bäume gefällt werden. Für die Realisierung wird eine Planaufgabe notwendig sein. Wir haben uns beim Kanton deutlich für eine Erschliessung der Linie 29 nach 20.00 Uhr eingesetzt. Claudia Egli sprach ein Gesamtkonzept für das ganze Wangental an. Wir können unsere Wünsche anbringen, schlussendlich sagt jedoch der Kanton, was realisiert wird. In Niederwangen ist das grösste Potenzial für den öffentlichen Verkehr vorhanden und deshalb sieht der Kanton den Viertelstundentakt nur dort für einen späteren Zeitpunkt vor. Der Kanton setzt sein Geld dort ein, wo er das grösste Potenzial sieht, denn der öffentliche Verkehr ist nicht kostendeckend. Die drei besprochenen Varianten werden nun von einem externen Büro abgeklärt und Ende Januar wird ein Bericht vorliegen, den wir zusammen mit den Einsprechenden prüfen werden. Danach wird die Regierungsstatthalterin ihren Entscheid treffen.

Marco Streiff (EVP): Eine Anmerkung: Aussagen in Bezug auf ein allfälliges Potenzial sind in meinen Augen gefährlich. Vor allem wenn bekannt ist, dass die Bahnen in Stosszeiten durch das ganze Wangental bis aufs Äusserste besetzt sind.

Grossmehrheitlich, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das dringliche Postulat 0724 (Grüne) betr. Buserschliessung Ried auf bestehendem Strassennetz wird erheblich erklärt.

10. 0505 Überparteiliche Motion betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" in der Gemeinde Köniz

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Landschaft

Elsbeth Troxler (SP): Ich danke der Direktion Umwelt und Landschaft und vor allem den Verantwortlichen der Projektleitung für die engagierte Bearbeitung des Anliegens und für den fundierten Bericht. Ich war jedoch etwas enttäuscht darüber, dass die Erfüllung der Motion, die

vor zwei Jahren eingereicht wurde, noch um weitere zwei Jahre hinausgeschoben wird. Der fundierten Motionsbeantwortung ist jedoch zu entnehmen, dass die Wichtigkeit des Hauptanliegens der "Lokalen Agenda 21", die Nachhaltige Entwicklung, erkannt ist. Es ist ein politischer Prozess in Gang geraten, der immer weitere Kreise zieht. Folgende drei Punkte sind mir besonders wichtig: Erstens hat der Gemeinderat die Nachhaltige Entwicklung in seine Legislaturziele aufgenommen und er stellt bis Ende 2009 drei konkrete Projekte in Aussicht. Zweitens ist seit über zwei Jahren ein Projektteam mit Mitgliedern aus fast allen Direktionen an der Arbeit, denn Nachhaltige Entwicklung betrifft nicht nur die Umwelt, sondern auch die Gesellschaft und die Wirtschaft. Jetzt gerade erleben wir in Bali eine Parallele dazu im Grossen, wo Bundesrätin Doris Leuthard mit Wirtschaftsfachleuten an der Klimakonferenz teilnimmt und Verhandlungen führt. Nachhaltige Entwicklung ist ein ganzheitlicher Prozess und mir ist wichtig, dass die Verwaltung einbezogen wird. Vielleicht werden auch die Lernenden der Gemeindeverwaltung in das Anliegen Nachhaltige Entwicklung miteinbezogen. Drittens haben in allen Direktionen Standortanalysen stattgefunden. Die Direktionen wurden auf Stärken und Schwächen hin durchleuchtet. Im Bericht ist festgehalten, dass diese Analyse Ende 2007 abgeschlossen sein soll. Danach wird es darum gehen, Handlungsfelder zu bestimmen. Bereits jetzt greift der Nachhaltigkeitscheck, d. h. grössere Gemeindeprojekte werden auf ihre Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft überprüft. Der Nachhaltigkeitscheck wurde bei der Projektierung des Parks in Liebefeld angewendet. Die Nachhaltige Entwicklung ist ein nie endender Prozess. Wir hoffen jedoch sehr, dass die Nachhaltige Entwicklung nun zügig angegangen und nicht auf die lange Bank geschoben wird. Wir hoffen auch, dass sich das Gewicht nun von der theoretischen auf die Handlungsebene verlagern und das Parlament diesen Prozess unterstützen wird. Die Verwirklichung der Projekte wird nicht gratis zu haben sein. Man darf gespannt auf die Fortsetzung sein. In diesem Zusammenhang stellen sich mir zwei Fragen. Wird der auf Ende 2007 in Aussicht gestellte Bericht der Standortanalyse dem Parlament ausgehändigt? Wird das Parlament in die drei vorgeschlagenen Projekte miteinbezogen? Die Mitglieder der SP-Fraktion nehmen zustimmend Kenntnis vom Bericht und werden der beantragten Fristverlängerung zustimmen.

Urs Maibach (Grüne): Die Einführung einer Lokalen Agenda 21 in einer Gemeinde ist ein riesengrosses Unterfangen. Das Streben nach Nachhaltiger Entwicklung ist ein langfristig angelegter Prozess, der grundsätzlich nie abgeschlossen sein wird. Man wird immer wieder daran arbeiten müssen. In der Gemeinde Köniz sind wir seit längerer Zeit daran. Die überparteiliche Motion 0505 betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" wurde im März 2005 eingereicht. Der Gemeinderat nahm die Herausforderung an und erklärte sich im Dezember 2005 bereit, die Motion anzunehmen. Seiner in meinen Augen etwas schwammigen Antwort entnahm ich damals, dass sehr vieles noch sehr unklar ist. Auf einer tiefen fundamentalen Ebene standen jedoch gewisse Entscheidungsgrundlagen bereits fest, wie das Erstellen eines Stärken-/Schwächenprofils, eine Standortbestimmung und eine Begründung der vorrangigen Entwicklungsziele und der Aktionsfelder. Bis dies alles nun ins Rollen gekommen ist, dauerte es doch etwas lange. Der richtige Weg, d. h. der richtige Ansatz, musste zuerst gefunden werden. Deshalb stimmt mich der Stand des nun vorgestellten Projektes sehr optimistisch. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat nun auf einem guten und richtigen Weg ist. Es scheint mir richtig, dass die Nachhaltige Entwicklung in sämtliche Steuerungsorgane der Gemeinde einfließen soll. Es scheint mir auch richtig, dass anstelle der Aktionsprogramme in vielen kleinen Projekten nun wirklich die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung zuerst in die Politik integriert und übergeordnet angewendet und eingeführt werden müssen. Diese Anforderungen und Aktionen müssen auch mit jenen von Kanton und Bund übereinstimmen, damit es möglich sein wird, von deren Ressourcen zu profitieren. Damit innerhalb der Gemeinde zielstrebig und wirkungsvoll weitergearbeitet werden kann, ist die Gründung des verwaltungsinternen Projektteams für Nachhaltige Entwicklung eine sehr gute Sache. Ich muss jedoch zugestehen, dass die Umsetzung all dieser Ansätze entsprechend Zeit benötigt und damit spricht nichts gegen die Verlängerung der Erfüllungsfrist. Im Gegenteil. Wir nehmen hier zur Kenntnis, dass der Gemeinderat an der Arbeit ist und erwarten den Bericht. Die Mitglieder der Grünen Fraktion stimmen der Fristverlängerung zu und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich skizziere kurz, weshalb eine Verlängerung der Erfüllungsfrist beantragt werden musste: Vor allem im Jahr 2007 hat sich beim Kanton einiges geklärt. Der Gemeinderat verabschiedete im Februar 2007 ein erstes Konzept und

klärte das Vorgehen. Erst zu diesem Zeitpunkt war klar, dass von Kantonsseite nicht mehr von einer "Lokalen Agenda 21" gesprochen wird – einem Aktionsprogramm –, sondern von einem Prozess Nachhaltige Entwicklung bei Gemeinden, d. h. dass Gemeinden das langfristige Engagement in der Nachhaltigen Entwicklung möglichst in den Steuerungsprozess einbringen sollen. Damit fand ein wirklich grosser Wandel statt und mit der Arbeit konnte nun richtig begonnen werden. Der Gemeinderat beschloss, im Konzept auf zwei Schienen weiterzufahren.

Die eine Schiene zielt konkret darauf ab, die Nachhaltige Entwicklung in die Steuerungsprozesse der Gemeinde Köniz einzubauen. Dazu wurde zuerst eine Standortbestimmung vorgenommen. Ein neues Tool des Kantons – ein so genannter "Gemeindeprofilograf" – wurde als Prototyp diesen Sommer in der Gemeinde Köniz angewendet. Damit wurde versucht, eine Standortbestimmung über den Ist-Zustand der Gemeinde vorzunehmen. Dies in den drei Nachhaltigkeitsbereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Diese Standortbestimmung wurde mit einem grossen Team, bestehend aus verwaltungsinternen und verwaltungsexternen Fachleuten, vorgenommen. Die Standortbestimmung ist nun abgeschlossen und wir sind an der Erarbeitung des Berichts. Aufgrund der Standortbestimmung wollen wir feststellen, wo sich Handlungsfelder abzeichnen, wo wir im Moment noch keinen Bedarf sehen. Wir wollen Ziele bestimmen und schauen, ob sie sich als Legislaturziele für die nächste Legislatur eignen.

Die andere Schiene ist etwas konkreter. Es geht darum, grosse Projekte mit dem so genannten Nachhaltigkeitskompass – ein weiteres Tool des Kantons – zu beurteilen. Das Projekt Park in Liebefeld wurde verwaltungsintern mit dem Nachhaltigkeitskompass beurteilt. Es wurde festgestellt, dass an gewisse Dinge nicht gedacht wurde. Die beiden Tools sind auf der Website des Kantons beim Amt für Umwelt, Koordination und Energie der Bau- und Energiedirektion zu finden.

Der von Elisabeth Troxler erwähnte Bericht soll dem Gemeinderat bis Ende 2007 vorliegen. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, ob und welche Handlungsfelder vorhanden sind. Sobald dies festgelegt ist, werde ich den Bericht im Frühling oder anfangs Sommer 2008 dem Parlament zur Kenntnisnahme vorlegen. Sie werden damit sehen, wo die Gemeinde in diesem Bereich steht und was geplant ist. Der Prozess ist für mich sehr interessant, denn anfangs war ich von der "Lokalen Agenda 21" nicht sehr begeistert. Ich hatte den Eindruck, es handle sich eher um Aktionitis als um einen wirklich guten Prozess. Das änderte sich in der Zwischenzeit, vor allem mit dem neuen und langfristigen Engagement des Kantons und der Betonung auf die Nachhaltige Entwicklung. Ich muss erklären, dass mir die Arbeit in der Gemeinde damit grosse Freude macht. Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen, denn wir befinden uns mitten im Prozess. Es wäre schade, wenn hier nicht weitergearbeitet werden könnte, und wir Ihnen in zwei Jahren nicht ein gutes Resultat vorlegen könnten. Ich werde Sie stets auf dem Laufenden halten.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament nimmt Kenntnis vom Stand der Umsetzung der Motion betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" in der Gemeinde*

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. *Die Frist für die Erfüllung der überparteilichen Motion 0505 Troxler (SP/JUSO), Maibach (GB), Lagger (CVP) betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" in der Gemeinde Köniz wird um zwei Jahre, d. h. bis am 19. Dezember 2009 verlängert.*

11. 0512 Postulat Katrin Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Landschaft

Martin Graber (SP): Die Direktion Umwelt und Landschaft legt uns hier einen knappen Bericht vor. Das Postulat verlangte die Abgabe eines Mobilitätssets für NeuzuzügerInnen. Der Gemeinderat schreibt denn auch, dass dieses Anliegen sinnvoll sei. Bei der Umsetzung des Anliegens hapert es aber noch. Als einziges Argument gegen die Abgabe des Mobilitäts-Sets

führt er die knappen finanziellen Ressourcen ins Feld. Hier handelt es sich um ein regelrechtes Killerargument, das bei fast jedem Vorstoss angeführt werden kann, wenn die Kosten bekannt sind. Das Ausmass der Kosten ist jedoch nirgends erwähnt und deshalb steht es aus meiner Sicht auf etwas wackligen Beinen. Ich werde den Verdacht nicht los, das Kostenargument wurde nur als Ausrede dafür vorgeschoben, dass nichts gemacht worden ist. Die schön gestaltete Mappe, die allen NeuzuzügerInnen abgegeben wird, veränderte sich seit der Einreichung des Vorstosses zwar ein bisschen. Betreffend die Mobilität sind jedoch keine Verbesserungen festzustellen. Die Karte "Velotouren in Köniz" fehlt, wie auch der Regionalfahrplan. In den Legislaturzielen strebt der Gemeinderat ein hohes Bevölkerungswachstum an und in der Gemeinde Köniz wird viel gebaut. Genau hier muss doch das Verhalten der neuen Einwohnerinnen und Einwohner dahingehend geprägt werden, dass der Modalsplit zugunsten des öffentlichen Verkehrs oder des so genannten Langsamverkehrs ausfällt. Wenn wir dieses Mobilitäts-Set nicht jetzt benötigen, wann dann? Die Mitglieder der SP-Fraktion bitten Sie, vom Stand der Umsetzung des Postulats Kenntnis zu nehmen, jedoch der Fristverlängerung nicht zuzustimmen. Wir wollen nicht weitere zwei Jahre warten.

Peter Antenen (FDP): Wenn ich mich nicht täusche, wäre ich als erster Redner zum Zug gekommen, da ich in der Liste der Unterzeichnenden vor Martin Graber aufgeführt bin. Das von Martin Graber Erwähnte kann ich grösstenteils unterstützen. Aus der Sicht der FDP-Fraktion ist die Antwort des Gemeinderates etwas gar mager. Was wurde in den vergangenen Jahren analysiert? Was bieten andere Gemeinden, die der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt? Mit welchen finanziellen Aufwendungen hätte gerechnet werden müssen? Auf all diese Fragen gibt der Gemeinderat keine Antwort. Als Grund für die Verlängerung der Erfüllungsfrist allein die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde in den letzten Jahren in den Vordergrund zu stellen, scheint uns etwas billig. Gegen die Fristverlängerung ist an sich nichts einzuwenden, wenn man denn sicher sein kann, dass etwas Gutes vorliegen wird. Von einem Rot-Grün-Mitte-Gemeinderat kann jedoch erwartet werden, dass er eines seiner Kernanliegen etwas effizienter angeht. Trotzdem werden wir der Verlängerung der Erfüllungsfrist zustimmen, zumal die Gemeinde infolge der Verlängerung nicht in ihren Grundfesten erschüttert wird.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auch wir Grünen können uns der Kritik der Vorredner anschliessen. In unseren Augen ist das Mobilitäts-Set sehr wichtig, damit alle NeuzuzügerInnen von Anfang an die richtige Wahl für ihre Mobilität treffen können. Das Strassennetz ist immer noch sehr einseitig auf das Auto ausgerichtet; vor allem für sie ist die jeweils beste Route ausgeschildert. Für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger sind nur sehr wenige Wegweiser vorhanden und dies sehr lückenhaft. Deshalb ist aus unserer Sicht dem NeuzuzügerInnen-Set, neben den allgemeinen Informationen, unbedingt eine Velokarte beizulegen. Vor einiger Zeit wurde der Vorstoss 0624 betr. "Velonetz Köniz" eingereicht, der durchgehende und gut markierte Velorouten fordert. So lange dieser Vorstoss noch nicht umgesetzt ist, ist dem NeuzuzügerInnen-Set eine Velokarte beizulegen, welche die besten und verkehrsärmsten Fahrradrouten aufzeigt. Wie wichtig dies ist, ist der Metron-Studie zu entnehmen, die wir mit dem Parlamentsversand erhalten haben. 35 Prozent benützen für ihren Arbeitsweg den öffentlichen Verkehr, 45 Prozent den motorisierten Individualverkehr (MIV) und 25 Prozent gehen zu Fuss oder benützen das Fahrrad. Das Raumentwicklungskonzept (REK) geht von einem Modalsplit von je einem Drittel aus. Für die Erreichung dieses Ziels muss der Langsamverkehr um mindestens 10 bis 15 Prozent zu Lasten des MIV zulegen können. Für die Erreichung dieses Ziels sollten als Mindestziel die NeuzuzügerInnen von den Vorteilen des Fuss- und Veloverkehrs überzeugt werden können. Wir Grünen erklären uns grundsätzlich mit der Verlängerung der Erfüllungsfrist einverstanden, dies jedoch unter der Bedingung, dass die Umsetzung umso besser sein wird.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich gebe allen Fraktionssprechern Recht. Wir sind noch nicht so weit wie gewünscht. Ich gebe kurz die Gründe für diese Verzögerung an und erkläre, was bis anhin vorgenommen wurde. Meine erste Erklärung kann vielleicht als Ausflucht betrachtet werden: Wenn Vorstösse wie z. B. die Motion 0505 betr. Einführung der "Lokalen Agenda 21" eingereicht werden, liegt der prioritäre Handlungsbedarf des Gemeinderates zuerst bei solchen Vorstössen. Diese Aufträge sollten zuerst erfüllt werden. Deshalb muss ich zugeben, dass das Postulat 0512 betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen in zweiter Priorität behandelt wurde. Der Gemeinderat hat nun im Sinn, das Mobilitäts-Set zusammen mit

der Neuzuzügerinnen-Mappe abzugeben. Weil dies aber länger nicht klar war, wurden diese Ausgaben nicht im Budget berücksichtigt. Im Budget 2008 sind die dafür notwendigen Mittel eingestellt und die Realisierung des Mobilitäts-Sets zusammen mit der NeuzuzügerInnen-Broschüre kann an die Hand genommen werden. Ein anderer Grund für die beantragte Verlängerung der Erfüllungsfrist ist die schwach dotierte Energiefachstelle, denn alle Projekte werden von einer einzigen Person bearbeitet. Auch Gemeinderätin Katrin Sedlmayer – damals Erstunterzeichnende des Vorstosses – hat sicher selber grosses Interesse daran, dass gewisse im Postulat erwähnte Punkte direktionsübergreifend erarbeitet werden. Ich bitte um Zustimmung für die Verlängerung der Erfüllungsfrist.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament nimmt Kenntnis vom Stand der Umsetzung des Postulats bezüglich Einführung eines Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen.*

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. *Die Frist für die Erfüllung des Postulats Sedlmayer (0512) wird um zwei Jahre, d. h. bis am 19. Dezember 2009, verlängert.*

12. 0513 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement

Abschreibung; Direktion Umwelt und Landschaft

Martin Graber (SP): Zuerst möchte ich mich für das Versehen im vorhergehenden Traktandum bei Peter Antenen entschuldigen, dass er nicht als Erstredner berücksichtigt wurde. Im Bericht des Gemeinderates zum Postulat betr. Mobilitätsmanagement wurden einige Lösungsansätze skizziert, jedoch ohne viel Pepp. Es scheint sich auch hier nicht um eine Lieblingsaufgabe der Direktion Umwelt und Landschaft zu handeln. Obwohl der den Unterlagen beiliegende Flyer "Mobilitätsmanagement – Attraktives Beratungsangebot" mit der Energiestadt Köniz – innovativ in Energie – wirbt, wirkt er selber nicht sehr innovativ, sondern es wurde eher vom entsprechenden Flyer der Stadt Bern abgeschrieben. Innovative Lösungsansätze für ein besseres Fliessen des Verkehrs sind jedoch notwendig. Wenn wir nicht mehr Strassen bauen wollen, muss etwas im Mobilitätsverhalten geändert werden. Wenn der Verkehr weiter zunimmt, bleiben wir mit dem Bus, mit dem Auto und sogar mit dem Velo stecken. Ob wir wollen oder nicht, der Modalsplit muss wesentlich verändert werden. Dazu muss aber einiges getan werden. Gute Chancen dazu sind vorhanden. Die SP wird zu gegebener Zeit erneut einen Vorstoss in diese Richtung einreichen. Heute werden wir der Abschreibung zustimmen, denn der Flyer wurde schliesslich auch "abgeschrieben".

Ursula Wyss (Grüne): Ich entdeckte in der Antwort des Gemeinderates einige durchaus positiven Punkte. Wir Grüne werden der Abschreibung ebenfalls zustimmen. Mir scheint, es wurde einiges getan. Es ist allerdings schwierig, effektiv etwas zu bewirken. Einerseits ist es gut, dass die Gemeinde bei der Kampagne "Mobilitätsmanagement in Unternehmen" mitmacht. Ich hoffe auch, dass das gesetzte Ziel, im Jahr 2008 vier Unternehmen zu gewinnen, erreicht werden kann. Mir gefällt die Broschüre nicht schlecht, ob abgeschrieben oder nicht, und das Rad immer wieder neu zu erfinden, ist nicht notwendig. Die Gemeinde kann keine Firma zwingen, Anreize zu umweltschonender Mobilität zu schaffen. Um so wichtiger ist ein Angebot an kompetenter Beratung. Ich denke wie Martin Graber, dass wir nicht ohne Druck auskommen werden. Druck ist nötig, damit sich ein Unternehmen Gedanken zur Mobilität macht. So werden z. B. mit einer restriktiven Parkplatzpolitik automatisch mehr Mitarbeitende den öffentlichen Verkehr oder das Velo benützen. Oder sie gehen zu Fuss. Ganz wichtig scheint mir aber, dass sich die Gemeinde weiterhin einsetzt, auch wenn das Postulat abgeschrieben wird.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ein wenig Schelte ist nicht so schlimm. Ich erkläre jedoch kurz, weshalb in diesem Bereich nicht mehr Erfolg erzielt worden ist. Wie Sie richtig festgestellt haben, wurde der Prospekt weitgehend analog jenem der Stadt Bern entwickelt, denn wie Ursula Wyss richtig festhielt, muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Allen Firmen in der Gemeinde Köniz, die mehr als 50 Mitarbeitende beschäftigen, wurde der Prospekt zugestellt und ihnen wurde ein Angebot unterbreitet. Aufgrund von Gesprächen, die

mit den betroffenen Firmen geführt wurden, mussten wir aber feststellen, dass uns die betreffenden Unternehmen nicht gerade um den Hals fallen, weil ihnen genau dieses Angebot noch fehlt. Im Gegensatz zu Bern, wo sich seit Anfang 2007 12 Firmen bereit erklärten, in ein solches Mobilitätsmanagement einzusteigen, hatte bei uns eine einzige Firma das Gefühl, sie wolle mittun. Bei der Firma handelt es sich ausserdem um einen Ableger einer Firma mit Hauptstandort Bern. In der Gemeinde Köniz ist der Leidensdruck massiv kleiner, denn das Parkplatzangebot ist vorhanden und die Kundschaft bleibt nicht im Stau stecken. Man muss sich nicht mit einem allfälligen Mobilitätsmanagement beschäftigen, das gewisse Einschränkungen nach sich zieht. Wir werden weiterhin daran arbeiten, Firmen für ein Mobilitätsmanagement zu motivieren. Wir nehmen jedoch das Anliegen des Postulats ernst und haben im Sinn, weitere Firmen zu gewinnen. Ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat 0513 SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement wird als erfüllt abgeschrieben.

13. 0516 Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Christian Burren (parteilos): Ziel der Motion war eine gesamtheitliche Betrachtung des Verkehrsaufkommens rund um den Mengestorfberg und das Treffen entsprechender Massnahmen. Dieses Gesamtkonzept war jedoch nicht motionsfähig. Die Forderung von punktuellen Massnahmen wäre hingegen motionsfähig gewesen. Mit Einzelmassnahmen hätte aber die Gefahr bestanden, den Verkehr vom einen Dorf ins andere zu verlagern. Ich bin enttäuscht über den Umstand, dass der Gemeinderat bloss eine einzelne Massnahme – die Umsetzung von Tempo 60 ausserorts auf der Achse Gasel-Mengestorf-Thörishaus durch bauliche Massnahmen – beschlossen hat. Das führt bestenfalls zu einer Verlagerung des Verkehrs, löst jedoch das Gesamtproblem nicht. Die vorgesehene Massnahme – so genannte Wellen auf der Fahrbahn – auf der Achse Gasel-Mengestorf-Thörishaus, ist sicher nicht im Sinn der ursprünglichen Motion. Wie zu hören war, werfen die drei vorgesehenen Wellen auf der Fahrbahn in der Bevölkerung bereits jetzt hohe Wellen und wirken keinesfalls beruhigend. Ich habe dazu eine Frage an Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Werden diese Wellen infolge der vielen Einsprachen überhaupt realisiert oder wird – was ich begrüssen würde – davon abgesehen? Die Mitglieder der SVP-Fraktion stimmen der Abschreibung trotzdem zu. Wir behalten uns jedoch vor, zu gegebener Zeit einen neuen Vorstoss einzureichen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Forderungen der Motion sind sehr detailliert in der Betriebskonzeptüberprüfung – die den Unterlagen zum nächsten Traktandum beiliegt – aufgeführt. Das subjektive Empfinden, der Verkehr habe massiv zugenommen, wird mit den vorliegenden Zahlen nicht erhärtet. Im Vergleich zu 1999 fahren 2007 8 Fahrzeuge mehr pro 24 Stunden durch die Mengestorfstrasse. Dies entspricht der gesamtschweizerisch normalen Verkehrszunahme. Die Temporeduktion auf 60 km/h auf der Liebewilstrasse zwischen Mengestorf und Liebewil wird nicht aufgrund der Betriebskonzeptüberprüfung realisiert, sondern weil dies von der Verkehrsgruppe Gasel-Mengestorf zur Schulwegsicherung gewünscht wurde. Die von Christian Burren erwähnten Wellen auf der Liebewilstrasse lösten 82 Einsprachen aus. Im Januar 2008 findet ein Gespräch mit einigen der Einsprechenden statt. Ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben, weil die Überprüfung detailliert erfolgt ist. Die Begründung der Motion – immer grösser werdender Durchgangsverkehr – konnte nicht bewiesen werden. Für den Gemeinderat ist es schwierig, ein Konzept zu erstellen, wofür keine konkreten Forderungen vorhanden sind. Rund um den Mengestorfberg wurde bereits über diverse Massnahmen zur Verkehrsentslastung diskutiert. Alle jeweils erarbeiteten Massnahmen wurden jedesmal vehement durch die Bevölkerung bekämpft. Meine Schlussfrage lautet: Wird ein Konzept zur Entlastung der Mengestorfstrasse überhaupt gewünscht?

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die als Postulat erheblich erklärte Motion 0516 SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg wird als erfüllt abgeschrieben.

14. 0616 Motion überparteilich (SVP, FDP, CVP/EVP, SD) betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Ueli Salvisberg (SVP): Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Aufarbeitung des Postulats. Ich kann fragen wen ich will, nie erhalte ich die Antwort, dass die Poller an der Landorfstrasse eine gute Lösung seien. Das Postulat fordert eine zusätzliche Öffnung der Poller jeweils zwischen 11.30 und 13.30 von Montag bis Freitag. Der Gemeinderat begründet seine negative Antwort wie folgt: "Die Öffnung des Ventils in den Zwischenzeiten bewirkt nur einen geringfügigen Nutzen und eine qualitative Verbesserung für eine geringe Anzahl an Fahrten des MIV (motorisierter Individualverkehr), der sich aus betrieblicher Sicht kaum begründen lässt." Dazu ist Folgendes festzuhalten: Einerseits bedeutet jede Fahrt weniger durch das Zentrum von Köniz die Minderung eines latenten Unfallrisikos. Andererseits rühmt sich der Kanton, er sei flexibel. Anlässlich des Aushubs für das neue Polizeigebäude an der Sägestrasse blieben die Poller während einiger Tage dauernd geöffnet. Das funktionierte im Grossen und Ganzen gut. Mir drängt sich nun die Frage an den Kanton auf, weshalb die Öffnung der Poller während der Mittagszeit nicht auch unter die angesprochene Flexibilität fallen könnte. Der Kanton würde sich mit dieser Aktion viel Goodwill bei der Könizer Bevölkerung holen. Wir werden im Weiteren vom Kanton darauf aufmerksam gemacht: "Zusammen mit der Öffnung am Morgen und am Abend und im Zusammenhang mit der Flexibilität der Anlage würden zudem viele unterschiedliche Öffnungszeiten entstehen, was den Strassenbenutzer wahrscheinlich überfordern würde". Diese Aussage ist in meinen Augen fadenscheinig und stellt uns Automobilisten ein ganz schlechtes Zeugnis aus. Würde das Postulat umgesetzt, bestünden drei Blöcke von Öffnungszeiten, jeweils am Morgen, während der Mittagszeit und am Abend, d. h. während der Hauptverkehrszeiten. Ich komme zum Schluss: Der Gemeinderat nahm die geforderten Abklärungen vor. Wir haben jedoch eine für mich unbefriedigende Antwort vom Kanton erhalten. Ich muss trotzdem hinter dem Antrag des Gemeinderates stehen und das Postulat abschreiben lassen. Ich kann mir jedoch gut vorstellen, dass zu gegebener Zeit ein weiterer Vorstoss eingereicht wird.

Peter Antenen (FDP): Für die FDP-Fraktion nahm der Gemeinderat bei der Bearbeitung des Vorstosses nichts anderes als eine reine Pflichterfüllung vor. Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass der Kanton gebeten wurde. Eine Bitte hinterlässt aber keinen grossen Eindruck. Die Antwort des Gemeinderates zeigt in den Augen der FDP-Fraktion klar auf, dass der Gemeinderat die Attraktivität des Zentrumsplatzes höher gewichtet als die Lösung von Strassenverkehrsproblemen. Das Votum von Ueli Salvisberg können wir unterstützen. Wir werden die Situation beobachten und zu gegebener Zeit nachstossen.

Valentin Lagger (CVP): Studienergebnisse sind jeweils abhängig von der gewählten Methode. Wird die Methode entsprechend clever gewählt, ist die Erreichung des gewünschten Resultates einfach. Dieser Verdacht erhärtete sich bei der Untersuchung zu den Polleröffnungszeiten einmal mehr. Objektivität sei immer eine Frage des Standpunktes, erwähnte Marco Streiff vorhin. Ich möchte dies wie folgt ergänzen: Eine objektiv richtige Aussage ist nicht immer zwingend clever. Ein Beispiel: Der Lötschberg-Basistunnel ist eröffnet und deshalb gibt es keinen plausiblen Grund, die S2 in der Region zu attraktiveren. Diese Aussage ist wahrscheinlich noch etwas hohler als jene hier angesprochene: "Aufgrund der Studienresultate gibt es keinen plausiblen Grund, die Ventilöffnungszeiten über die Mittagszeit zu erweitern." In meinen Augen sind dafür jedoch viele plausible Gründe vorhanden. Auf Seite 25 der Studie steht zu den Erkenntnissen der Ventilöffnungszeiten geschrieben: "Die befürchtete Verkehrsverlagerung auf andere Hauptverkehrsstrassen im Westen von Köniz ist nicht eingetroffen." Das ist etwa so zusammenhängend wie die Aussage betreffend Lötschberg-Basistunnel und S2. Es geht in diesem Vorstoss um die Verkehrssicherheit im Zentrum von Köniz und nicht um jene rund um den Mengestorfberg oder sonst irgendwo auf einer Umfahrungs-

strasse. Auf Seite 25 ist weiter festgehalten: "Mit der ganzzeitigen Öffnung des Ventils können die wenigen Umwegfahrten, insbesondere des LKW-Verkehrs, eliminiert werden." Mit "wenigen Umwegfahrten" sind – wie auf Seite 25 festgehalten – knapp 2'000 Fahrten pro Tag gemeint. Ich komme auf die bereits von Ueli Salvisberg erwähnte Aussage, dass zu viele unterschiedliche Öffnungszeiten die Strassenbenützer wahrscheinlich überfordern würden, zurück. Wir haben alle gelernt, im Strassenverkehr zuerst zu hören, dann zu schauen und erst dann zu gehen. Eine Überforderung kann ich mir an diesem Ort schlecht vorstellen. In diesem Sinn erhärtet sich meine Aussage, dass die Studie in sich plausibel ist. Die Methode wurde jedoch so gewählt, dass das gewünschte Resultat erreicht werden konnte. Damit können die Polleröffnungszeiten so belassen werden.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Motion ging von den berechtigten Befürchtungen aus, der Verkehr im Zentrum werde weiter zunehmen, die wir Grünen ebenfalls teilten. Wir können nun jedoch feststellen, dass gemäss dem vorliegenden Bericht eine leicht abnehmende Tendenz des Verkehrs vorliegt. Das ist sehr erfreulich und nicht zuletzt auf eine Verlagerung zum öffentlichen Verkehr zurückzuführen, der stark steigende Frequenzen aufweist. Seitdem auf der S2 der Halbstundentakt durchgehend ist, ist ein Kinobesuch aus der oberen Gemeinde nach Bern mit dem öffentlichen Verkehr kein fast unmögliches Unterfangen mehr. Damit wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Verkehr im Zentrum stagniert oder sogar abnimmt. Aus diesem Grund ist es in unseren Augen nicht notwendig, die Polleröffnungszeiten zusätzlich zu verlängern. Im Gegenteil; die Landorfstrasse ist während des Tages eine sichere Fuss- und Fahrradverbindung, auch für Schulkinder. Auf dem Areal alte Migros ist das Projekt "Wohnen im Alter" geplant. Damit werden viele ältere Personen zu Fuss unterwegs sein, die dankbar für eine verkehrsfreie Verbindung ins Zentrum sein werden. Es ist wichtig, zumindest während des Tages über einen verkehrsfreien Platz zu verfügen, auch als Verbindung zum Gemeindehaus. Das Postulat ist in unseren Augen erfüllt und wir Grünen stimmen der Abschreibung zu.

Christian Roth (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion werden der Abschreibung zustimmen. Ich betone einige in unseren Augen wichtige Punkte: Im Gegensatz zu den Aussagen von Peter Antenen bin ich der Meinung, der Gemeinderat habe den Vorstoss sehr wohl ernst genommen. Insbesondere hat uns auch der Kanton ernst genommen und sich die Mühe einer vertieften Überprüfung gemacht. In meinen Augen ist die Aussage von Valentin Lagger, dass für die Erreichung der gewünschten Resultate die entsprechende Methodik gewählt wurde, eine Unterstellung. Die Prüfung der Situation durch die Firma Metron im Auftrag des Kantons kommt zur klaren Aussage, dass der Nutzen für eine ganzzzeitige Öffnung der Poller gering ist und insbesondere die Attraktivität des Zentrumsplatzes vor dem Gemeindehaus beeinträchtigt. Mindestens drei Punkte des Berichts sind sehr interessant: Im Gegensatz zur befürchteten Verkehrszunahme des MIV fand eine Abnahme statt. Mit dem neuen Verkehrsregime hat auch keine Verkehrsverlagerung auf Ausweichrouten stattgefunden. Das ist beruhigend für die Anwohnenden der oberen Gemeinde. Insbesondere – diese Feststellung ist sehr erfreulich – haben die Fahrgastzahlen auf der Linie 10 von Bernmobil um 10 Prozent zugenommen. Gemäss Beobachtungen haben die Fahrgastzahlen auf der S2 ebenfalls zugenommen. Somit hat eine Verkehrsumlagerung vom MIV zum öffentlichen Verkehr stattgefunden, was von unserer Seite zu begrüssen ist. Was würde die zusätzliche Öffnung der Poller während der Mittagszeit bringen? Zum einen würde das Könizer Zentrum um einige MIV-Fahrten entlastet und zum anderen einen bereits jetzt stetigen und mehrheitlich problemlosen Verkehrsablauf weiter verbessern. Das ist nicht negativ zu bewerten. Auch würden damit über den Mittag einige Lastwagenfahrten über den Neuhausplatz vermieden. Nun müssen wir jedoch den Preis dafür betrachten: Zum einen findet ein massiver Attraktivitätsverlust des Könizer Zentrumsplatzes statt. Wir würden mit zusätzlichen Polleröffnungszeiten den zu Fuss Gehenden und dem Fahrradverkehr einen grossen Strich durch die Rechnung machen. Zum anderen können für die Aufofahrenden – hier bin ich etwas anderer Meinung als Herr Salvisberg – die verschiedenen Öffnungszeiten der Poller etwas verwirrend sein. Schlussendlich könnte die Übung damit enden, dass die Poller ganzzzeitig geöffnet bleiben, was vonseiten der SP in keinem Fall Ziel sein kann. Deshalb werden wir der Abschreibung der als Postulat erheblich erklärten Motion zustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die kritischen und für die zustimmenden Voten. Ich halte fest, dass der Kanton einen sehr detaillierten und sorgfältigen Bericht

abgegeben hat und ich erkläre mich nicht damit einverstanden, er sei nicht objektiv. Der Verkehr nimmt nicht zu, sondern ab. Diese Aussage wird durch die vorliegenden Zahlen für das Jahr 2007 erhärtet. Das zeigt auch, dass der Leidensdruck für die Autofahrenden nicht sehr gross ist. Mit zusätzlichen Öffnungszeiten der Poller wird die Unfallhäufigkeit gefördert. Die Motion fordert eine zusätzlich Öffnung der Poller von 11.30 bis 13.30 Uhr. Der ersten Beilage der Parlamentsunterlagen (Tagesganglinie Montag bis Freitag) ist zu entnehmen, dass die Poller früher geöffnet werden müssten, weil der Verkehrshöhepunkt bereits um 11.00 Uhr stattfindet. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass die Poller eine halbe Stunde vor der fixierten Öffnungszeit geöffnet werden sowie eine halbe Stunde länger offen bleiben können, wenn genug Verkehr vorhanden ist. Das ist automatisch geregelt. Somit könnten die Poller bei einer offiziellen Öffnungszeit um 11.00 Uhr, bei etwas Mehrverkehr bereits um 10.30 Uhr öffnen. Wenn bereits am Morgen mehr Verkehr da ist, schliessen die Poller erst um 8.30 Uhr. Damit würden die Poller nur noch zwei Stunden geschlossen bleiben. Das Bild am Nachmittag wäre sicher ähnlich. Bei flexiblen Öffnungszeiten muss damit gerechnet werden, dass die Zeiten zwischen geöffneten und geschlossenen Pollern immer kürzer werden. Damit wird ein ganzes System verkehrstechnisch infrage gestellt, das wir notabene vor drei Jahren eingeführt haben. Dieses Konzept war breit abgestützt. Zuerst war vorgesehen, die Landorfstrasse für den Verkehr ganz zu schliessen. Anhand von Verkehrssimulationen war jedoch klar, dass sie in Spitzenzeiten geöffnet werden muss, um den Mehrverkehr aufzufangen. Würde infolge der nur noch kurzen Schliessungszeiten die Landorfstrasse schlussendlich wieder ganz geöffnet bleiben, wäre die Verbindung durch den Bläuackergraben vergebens realisiert worden. Das ist drei Jahre nach der Einführung des Verkehrssystems in meinen Augen fragwürdig. Ein weiterer Punkt sind die Schliessungszeiten der Barriere an der Landorfstrasse. Ab Dezember 2008 wird die Linie Bern – Schwarzenburg von der S2 getrennt, um in Bern bessere Anschlüsse zum Fernverkehr zu ermöglichen. Damit muss in Köniz eine Kreuzungsmöglichkeit für die Bahn vorhanden sein und die Folge davon werden vermehrte Schliessungszeiten der Barriere an der Landorfstrasse sein. Last but not least würde uns eine definitive Öffnung der Poller rund 600'000 Franken kosten.

Valentin Lager (CVP): Einige Präzisierungen, falls dies falsch verstanden wurde: Ich habe a) nie erklärt, die Studie sei nicht sorgfältig erarbeitet worden und b) nie gesagt, sie sei nicht objektiv. Ich habe gesagt, dass objektiv richtige Aussagen nicht immer viel zur Sache tun. Der Umwegverkehr über Mengestorf erfolgt objektiv gesehen nicht, hat aber nichts mit dem zu tun, was hier zwischen Migros und Coop abgeht. Die objektiv richtige Aussage, dass 2'000 Fahrten wenig sind, werte ich etwas anders aus. Die Aussage, dass der Bläuackergraben vergebens realisiert worden wäre, wenn die Poller an der Landorfstrasse für immer offen bleiben, relativiere ich wie folgt: Für die Benützung des Parkings des Migros ist der Bläuackergraben wichtig.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die als Postulat erheblich erklärte überparteiliche Motion 0616 (SVP, FDP, CVP/EVP, SD) betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse wird als erfüllt abgeschrieben.

15. 0712 Interpellation Christoph Salzmännli betr. Schaffung von Lehrstellen und Praktikumsstellen

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Christoph Salzmännli (SP): Ich beantrage eine Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

Christoph Salzmännli (SP): Ich erkläre mich von der Beantwortung der Interpellation befriedigt. Dies, weil sie trotz der personellen Engpässe in der Personalabteilung ausführlich und gründlich ausgefallen ist und weil ich das Gefühl habe, der Gemeinderat nimmt das Anliegen ernst. Trotzdem zeigt die Antwort des Gemeinderates, dass Handlungsbedarf vorhanden ist. Ich will nicht in Abrede stellen, dass sich Gemeinderat und Gemeindeverwaltung im Rahmen der vorhandenen Mittel voll für die Lehrlingsausbildung engagieren, und sie bekennen sich in

den Legislaturzielen auch dazu. Die Gemeinde Köniz gilt in meinen Augen auch als gute Ausbilderin. Einige Schwachpunkte sind jedoch vorhanden. Das wird mir mit der Antwort des Gemeinderates eher bestätigt als negiert. Köniz ist in einigen Ratings jeweils an der Spitze zu finden. Wie heute wieder zu lesen war, z. B. in Sachen Minergie. In der Lehrlingsausbildung jedoch nicht, wie der Antwort zur Frage 1c zu entnehmen ist. Köniz könnte mehr tun. Bis anhin wurden eher anspruchsvolle Ausbildungs- und Praktikumsplätze angeboten. In Zukunft müssen jedoch mehr niederschwellige Möglichkeiten geschaffen werden. Wie seine Antworten durchblicken lassen, ist der Gemeinderat jedoch erst am Planen und Überlegen. Ich hoffe, dass das Konzept, das im Moment ausgearbeitet wird, den Gemeinderat auf die richtige Spur bringen wird. Ich werde die Sache weiterhin beobachten. Die Gemeinde Köniz sei am Limit mit den Ausbilderressourcen, schreibt der Gemeinderat. Ich wünsche mir, dass er die notwendigen Ressourcen bereitstellen und das Parlament ihm nicht mit Budgetkürzungen in den Rücken fallen wird. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft, das zeigen wissenschaftliche Studien des BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie). Gelingt es uns, über niederschwellige Lehren und Praktikumsstellen Jugendliche in das Erwerbsleben anstatt in die Fürsorge zu bringen, haben wir etwas für die öffentlichen Finanzen getan.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Christoph Salzmann für die gute Aufnahme der Antwort des Gemeinderates, obwohl wir eingestehen müssen, dass durch die in der Antwort geschilderten Umstände gegenwärtig nicht einmal mehr die 15 Lehrstellen voll besetzt werden können. Die Absicht des Gemeinderates ist jedoch klar: Wir wollen das gesetzte Legislaturziel erreichen. Ich teile Ihnen mit, dass der Gemeinderat die erwähnten Schwachpunkte – wenige Ausbildungsplätze im niederschweligen Bereich – anerkennt und dort entsprechend Gegensteuer geben will. Ich spreche hier im Namen der Personalabteilung und meiner Direktion. Der Stand des Geschäfts lautet wie folgt: Das Lehrlingskonzept ist in der DPF in einem ersten Entwurf fertig gestellt, geht nun in ein Mitberichtsverfahren und wird im Gemeinderat zur Debatte gestellt. Der Hinweis, Christoph Salzmann, dass ausreichende Ressourcen vorhanden sein müssen, um im niederschweligen Bereich vermehrte Ausbildungsplätze anzubieten, ist richtig. Wir werden versuchen, diesem Aspekt Rechnung zu tragen. Wenn ich hier jedoch den Hut als Finanzminister aufsetze, muss sehr sorgfältig analysiert werden, wo wirklich zusätzliche Ressourcen notwendig sind. Das Lehrlingswesen ist in den Legislaturzielen sehr hoch gewertet und wir wollen mit dem Lehrlingskonzept in der Gemeindeverwaltung einen Schritt nach vorne tun. Das Legislaturziel beinhaltet ausserdem eine ganze Anzahl anderer Zielsetzungen ausserhalb der Gemeindeverwaltung. Für diese ist Gemeinderat Ueli Studer mit der Direktion Bildung und Soziales (DBS) verantwortlich. Anlässlich der GEWA im Oktober wurde durch die DBS eine erfolgreiche Präsentation des so genannten Runden Tisches gestartet und weitere Bemühungen sind in Abklärung.

Christian Roth (SP): Ich präzisiere, dass dies keine akademische Diskussion ist, sondern uns in der Gemeinde Köniz stark betrifft. Ich möchte dem Gemeinderat für seine Arbeit Folgendes mitgeben: In den Vorlehren und im Motivationssemester befinden sich auch Jugendliche aus der Gemeinde Köniz. Das heisst, dass es Köniz in der Hand hat, innerhalb der Gemeindeverwaltung, aber auch im handwerklichen Bereich, Praktikumsplätze zu schaffen, um Könizer Jugendliche bei der Integration zu unterstützen. Für Jugendliche, die auf dem Lehrstellenmarkt keine Chance mehr haben und allenfalls ausgesteuert werden müssen, können ein Motivationssemester oder eine Vorlehre eine Chance für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt bedeuten.

Bernhard Bichsel (jfk): Tatsache ist, dass in gewissen Bereichen ein Mangel an geeigneten Lehrstellen besteht. Die Jugendlichen wollen ihren Beruf wählen können. Im Leben kann aber nicht immer das Gewünschte erreicht werden. In diversen Bereichen sind viele Hunderte Lehrstellen nicht besetzt, weil sich niemand dafür interessiert. Dies vielleicht, weil diese Berufe gesellschaftlich nicht akzeptiert werden. Vor allem in den technischen Bereichen fehlen Lernende.

Christoph Salzmann (SP): Ich kann diese Aussage nicht unwidersprochen lassen. Fakt ist, dass infolge von geburtenstarken Jahrgängen und der Wirtschaftskrise ein Lehrstellenmangel vorhanden war. Die Wirtschaftskrise geht langsam zu Ende und es zeichnet sich ab, dass im hoch qualifizierten Segment – Elektronik, Banken, etc. – sich möglicherweise der Kampf um die guten Lernenden verschärfen wird. Viele Studien und Untersuchungen des BBT und des

Kantons belegen, dass wir aber künftig im niederschweligen Segment weiterhin grosse Mühe haben werden. Die vorliegende Interpellation möchte bewirken, dass in diesem Segment mehr getan wird. Jugendliche, deren Möglichkeiten auf den niederschweligen Bereich beschränkt sind, werden weiterhin ihre Ausbildung nicht auslesen können. Sie sind auf Praktikumsstellen angewiesen, wie Christian Roth moniert hat.

Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe nichts gegen Attestlehren, dieses Angebot ist in meinen Augen sehr gut. Ich habe hingegen Mühe, wenn ich lesen muss, dass die Möglichkeit Attestlehren anzubieten, im kaufmännischen Bereich, geprüft wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

16. 0718 Interpellation FDP/jfk betr. Missbrauch und Controlling bei der individuellen Sozialhilfe

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Mark Stucki (FDP): Ich beantrage eine Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

Mark Stucki (FDP): Verirrungen in der Sozialpolitik zu negieren und die Missbrauchsfrage zu tabuisieren, wie es von gewissen politischen Strömungen all zu lange praktiziert wurde, ist nicht nur kurzfristig, sondern schlicht und einfach verantwortungslos. Das Gleiche gilt für jene Politrowdies, die die Sozialhilfebezüger in globo als Schmarotzer in einen Topf werfen. Die gemeinderätliche Antwort beweist, dass in der Sozialhilfe ein Missbrauchsproblem vorhanden ist. Einerseits müssen die vorliegenden Zahlen zu denken geben. Offensichtlich dürften sich auch in der Gemeinde Köniz die Missbrauchsziffern im zweistelligen Prozentbereich bewegen. Andererseits sehen wir auch schwarz auf weiss, dass eine grosse Mehrheit der Sozialhilfebezüger ehrliche Menschen sind. Aber: Jeder einzelne Missbrauchsfall ist einer zu viel. Missbrauch in diesem Ausmass ist nicht nur eine Verschwendung von Steuergeldern, sondern vor allem eine Gefahr für das System der Sozialhilfe. Eine stattliche Anzahl von Profiteuren darf nicht ein wertvolles Sicherheitsnetz gefährden. Harte und konsequente Massnahmen sind unabdingbar. Gegen diesen Missstand vorzugehen, ist weder populistisch noch ein Angriff auf Schwache, sondern eine Notwendigkeit und eine Verpflichtung, gerade im Interesse der wahren Schwachen. Wir müssen aufhören mit falscher politischer Korrektheit am falschen Ort. Hier liegt das Problem der gemeinderätlichen Position. Sie laviert einerseits zwischen richtigen und konsequenten Kontrollmassnahmen und andererseits einem unbegreiflichen Zögern, wenn es darum geht, das Kind beim Namen zu nennen. Missbrauch nicht beziffern zu wollen, weil es im Sozialhilfegesetz keine Definition dafür gibt, ist, mit Verlaub gesagt, eine absurde Argumentation. Immerhin wird aber angedeutet, dass die statistischen Grundlagen künftig verbessert werden sollen. Im Missbrauchsfall Sanktionen "methodischen Ansätzen zur Integration unterzuordnen" ist, auch mit Verlaub gesagt, ein Affront allen ehrlichen Sozialhilfebezügern gegenüber. Missbrauch muss konsequent sanktioniert werden und nicht nach der Befindlichkeit. Hanebüchen ist auch der Vorbehalt, man mache nicht zu viel Missbrauchsbekämpfung, weil dies Kosten auslöse und der Ertrag mit dem Kanton geteilt werde. Das ist kein Kostenbewusstsein, sondern ein Schwarzpeterspiel, immerhin sind wir nicht nur Gemeinde- sondern auch Kantons- und Staatsbürger. Fragezeichen sind auch bei der Aufsicht zu setzen, die stark auf den Direktionsvorsteher fokussiert ist. Eine derartige Personalisierung ist nicht unproblematisch, eine breitere Abstützung müsste zumindest ernsthaft geprüft werden. Erfreulich ist hingegen das Problembewusstsein und der erkennbare und deutliche Wille im Bereich der Missbrauchsbekämpfung. Die Gemeinde Köniz will etwas für ein gutes und sauberes System bei der individuellen Sozialhilfe tun; hier verdient sie unsere volle Unterstützung. Besonders hervorheben möchte ich die Bedeutung von Massnahmen wie dem Vieraugenprinzip, der Rotation der Sozialarbeitenden, dem Datenaustausch – hier muss unbedingt auch die Polizei miteinbezogen werden –, dem Einsatz von Vertrauensärzten, und vor allem und verstärkt von Hausbesuchen. Dass die Gemeinde Köniz beim Versuch mit Sozialinspektoren mittun will, ist nicht nur richtig, sondern sehr gut. Dieser Ansatz wird hoffentlich nicht nur eine direkte positive Konsequenz, sondern durchaus auch präventive Wirkung haben. Es ist ein mutiger Schritt aus der politisch korrekten Tabuzone heraus. Aktive Kontrollen sind notwendig, wie sie auch auf den Strassen, im öffentlichen Verkehr und bei den Steuern vorge-

nommen werden müssen. Wir leben nicht in einer Welt von Gutmenschen, auch bei den Sozialhilfe Beziehenden nicht. Der eingeschlagene Weg ist richtig, er muss aber konsequent gegangen werden. Noch ist zu viel Zögern und Lavieren zu spüren, wenn es darum geht, die Sache beim Namen zu nennen und konsequent zu sanktionieren. Genau das ist aber nötig, wenn unser soziales Netz auch für die Zukunft schlank, wirkungsvoll, breit akzeptiert und gestützt sein soll. In diesem Sinn kann ich mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt erklären.

Christoph Salzmann (SP): Ein persönliches Votum: Mich stört es, wenn Personen schwarz fahren. Mich stört es, wenn Personen Versicherungsbruch begehen und ich deshalb bei der Diebstahlversicherung einen Selbstbehalt habe. Mich stört es, wenn ich in der Migros mehr bezahlen muss, weil sich andere gratis bedienen. Mich stört es, dass Schwarzarbeit den Sozialversicherungen Gelder entzieht. Mich stört es ebenfalls, wenn Personen zu Unrecht Sozialhilfe beziehen. Ich kenne keinen Sozialdemokraten und keine Sozialdemokratin, den oder die dies nicht stört. Sicher sind ein zweckmässiges Controlling und ein Kontrollsystem notwendig, um hier die Missbrauchsquote möglichst tief zu halten. Gegen eine sachliche Diskussion in dieser Frage ist nichts einzuwenden. Nach der leidvollen Diskussion um Scheinasylanten und Scheininvaliden, haben sich vor einiger Zeit eine Zürcher Wochenzeitung und ein Zürcher Flügel einer schweizerischen Partei auf den Sozialhilfemissbrauch eingeschossen und damit unser Sozialhilfesystem und 95 oder 97 Prozent anständige Personen in Misskredit und unter Generalverdacht gestellt. Anstatt über Möglichkeiten einer Optimierung der Integration von Sozialhilfe Empfangenden in unsere Wirtschaft und Gesellschaft nachzudenken, muss die Politik Zeit mit Missbrauchsdebatten verschwenden. Jeder Sozialhilfe Empfangende der in einem Hotel wohnt oder einen Mercedes fährt, dient dazu, die Debatte anzuhetzen und billig Stimmen zu gewinnen. Dieses Bashing hat in den letzten Monaten auch die Stadt Bern heimgesucht. Leider hat in meinen Augen der Berner Gemeinderat nicht gerade sehr geschickt darauf reagiert. Angesichts dieses Stimmungshintergrundes habe ich persönlich die Interpellation der FDP/jfk mit einiger Skepsis betrachtet und sie deshalb nicht unterzeichnet. Die Antwort des Gemeinderates ist ausführlich, gründlich und ich danke für den sachlichen Ton. Es gibt dem Parlament den Boden, um die Frage unaufgeregt und mit Augenmass zu diskutieren und nach zweckmässigen Lösungen zu suchen. Der Text der Interpellation ist im Übrigen auch sachlich und unpolemisch, wenn er nüchtern gelesen wird. Bei der Beantwortung kann es rhetorische Höhenflüge und Spitzen geben, das gehört aber zum Spiel in der Politik. Lassen wir uns nicht beirren, sollte einmal ein Sozialhilfe Empfangender aus der Gemeinde Köniz einen Mercedes fahren. Unterstützen wir den Gemeinderat in seinen Bemühungen, möglichst viele Sozialhilfe Empfangenden, besonders die jungen, zu integrieren. Dort ist Not. Mit dem Runden Tisch und mit den Legislaturzielen geht er in die richtige Richtung. Selbstverständlich gehören dazu auch wirksame Kontrollen mit Augenmass. Unsere Sozialberatenden sollen genügend Ressourcen für die Beratung und die Betreuung zur Verfügung haben und diese nicht für Bürokratie verpuffen müssen. Wenn Sozialinspektoren etwas dazu beitragen können und der Sozialarbeit Raum für ihren eigentlich Auftrag zurückgeben, lasse ich gerne mit mir darüber sprechen. Ich bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates und auf die nächste Debatte zur Interpellation SP (0728) betr. Pilotprojekt Sozialinspektoren.

Valentin Lagger (CVP): Ich kann alles von meinen Vorrednern Gesagte unterschreiben. Auf einen Punkt möchte ich jedoch den Fokus legen: Auf die Frage, wie hoch das vermutete Ausmass des Sozialhilfemissbrauch ist, wird wie folgt geantwortet: "Wie in den allgemeinen Bemerkungen ausgeführt, wird Missbrauch nicht gemessen, weil dies kein Begriff des Sozialhilferechts ist." Dort liegt in meinen Augen das Problem und dort werden Tür und Tor geöffnet für Pauschalisierungen, für populistische Darstellungen von Umständen, die ziemlich sicher nicht so sind. Genau jene Personen, die der Meinung sind, dass zu viel Missbrauch betrieben wird, werden dazu erklären, dass das Ausmass zwar bekannt sei, jedoch nicht veröffentlicht werde. Deshalb tut es in meinen Augen extrem Not, dass man in diesem Bereich aktiv wird und erklärt, dass die Missbrauchsquote bekannt und man an deren Bekämpfung sei.

Daniel Oester (jfk): Beim Lesen der gemeinderätlichen Antwort ging mir die Aktion "Lebendige Demokratie" von uns Jungfreisinnigen vom letzten Sommer durch den Kopf. Mir blieben insbesondere vier Gespräche mit ausländischen, selbstständig erwerbenden Gemeindebewohnern in Erinnerung. Diese Personen sind im Gastgewerbe tätig und haben das Gefühl, es werde viel zu large bezüglich Schwarzarbeit kontrolliert. Was heisst das für diese Perso-

nen, deren Abrechnungen und Löhne korrekt sind? Da sie keine Schwarzarbeiter beschäftigen und korrekt abrechnen, sind sie nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den fehlbaren Mitbewerbern in der Gemeinde Köniz. Dies soll ein kleines Beispiel dafür sein, weshalb Controlling sinnvoll sein und sich für einen Grossteil der Bevölkerung beruhigend auswirken kann.

Christian Roth (SP): Ich danke für das Votum von Valentin Lager. Ich kann nur unterstützen, dass klare Kriterien für ein Controlling geschaffen werden müssen. Mit dem Kaffeesatzlesen bezüglich der Höhe des Sozialmissbrauchs von Mark Stucki habe ich hingegen etwas Mühe. Wenn schon Kriterien definiert werden, wäre es gut, wenn bekannt wäre, wie Versicherungen ihre Kriterien von Missbrauch definieren und ob diese sich für eine öffentliche Diskussion eignen würden. Die Definition von Kriterien ist in meinen Augen sehr wichtig, damit klar auf den Tisch gelegt werden kann, was Sache ist. Diese Diskussion muss jedoch auf schweizerischer Ebene geführt werden und nicht nur hier in der Gemeinde.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich begrüsse unter den Zuhörern Frau Annemarie Brunner, Sozialarbeiterin in der Gemeinde Köniz. Die grosse Mehrheit von Sozialhilfe Beziehenden kommt ihren Pflichten nach und erbringt die verlangten Gegenleistungen. Auf diese Personen und auf den Integrationsauftrag richtet sich die Arbeit der Sozialdienste der Gemeinde Köniz primär aus. Das heisst jedoch nicht, dass wir den Kontrollauftrag vernachlässigen. Der Kontrollauftrag hilft mit, Sozialmissbrauch zu verhindern, verunmöglicht ihn jedoch nicht. Kein Sozialdienst in der Grösse der Gemeinde Köniz ist vor Missbrauch gefeit. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass jeder Missbrauchsfall einer zu viel ist. Jeder missbräuchliche Bezug gefährdet die Akzeptanz und das Vertrauen in die Sozialhilfe und diskreditiert jene Personen, die aus einer Notlage heraus Sozialhilfe beziehen. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, ein besonderes Augenmerk auf den Kontrollbetrieb zu legen. Wir dürfen jedoch die Zielrichtung nicht aus den Augen verlieren. Weshalb besteht und wächst der Bedarf nach vermehrter Kontrolle? Ist es, weil der Sozialdienst schlechte Arbeit liefert oder ist es nicht vielmehr deshalb, weil eine Minderheit von Klienten ihre Pflichten vernachlässigt, infolge Bedürftigkeit, grobem Selbstverschulden und zu Unrecht bezogenen Leistungen? Wenn wir dies bejahen können, müssen wir diese Fälle ganz gezielt beleuchten. Wir brauchen keine Schaffung eines zusätzlichen Aufsichtsorgans, das den Sozialdienst unter die Lupe nimmt. Wir benötigen auch keine Sozialhilfeinspektoren, die flächendeckend alle Dossiers kontrollieren und damit alle Sozialhilfe Beziehenden unter Generalverdacht stellen. Wir benötigen zusätzliche Mittel für den Einsatz dort, wo Missbrauch besteht und die Sozialdienste selber keine Kontrollmöglichkeiten haben. Das wurde in der Gemeinde Köniz eingeleitet. Bei der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) wurde ein Gesuch eingereicht, um am Pilotprojekt des Kantons mitzumachen. Genau dort erhoffen wir uns, dass wir die Mittel für diese Fälle erhalten. Erste Gespräche mit der GEF haben stattgefunden. Die Bedürfnisse konnten angemeldet und schriftlich eingereicht werden. Die Arbeit wird im Januar 2008 aufgenommen und mit der Ausarbeitung eines Detailkonzepts begonnen.

Zur erfolgten Diskussion: Wenn Mark Stucki erklärt, die Missbrauchsquote liege in der Gemeinde Köniz bei über 10 Prozent, ist dies völlig falsch. Die Ihnen aufgezeigten Zahlen können nicht einfach so zusammengezählt werden. Teilweise sind Sanktionen bzw. Massnahmen mehrfach erfasst. Wir gehen von einer Missbrauchsquote von 5 Prozent aus. Es ist jedoch richtig, wie Valentin Lager sagte, dass die Herausgabe von genauen Zahlen aufschlussreich wäre. Das ist bei der Sozialhilfe jedoch nicht einfach. Ich habe mich sehr intensiv damit befasst, wie es in anderen mit der Gemeinde Köniz vergleichbaren Gemeinden aussieht. Alle kommen auf dasselbe Resultat. Zum von Daniel Oester in Bezug auf die Schwarzarbeit Gesagten: Schwarzarbeit ist auch in der Gemeinde Köniz ein Thema, das wir genau im Auge behalten müssen. Jeder einzelne Sozialhilfemissbrauch, ob Schwarzarbeit, unrechtmässiger Bezug von Leistungen oder das Nichtmelden eines Mitbewohnenden, nervt die Bevölkerung, dem sind wir uns bewusst.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

17. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0730 Interpellation (SP) betr. Kontrolle des baulichen Zustands aller Kindergärten, Schulhäuser, Turnanlagen und des Lern-Schwimmbeckens der Gemeinde Köniz

0731 Interpellation (Grüne) betr. Zur Zukunft des Weyerguts in Wabern

0732 Postulat (SP) betr. Energievorbild Köniz: Warmes Wasser sparen – ein höchst effizienter Beitrag zum Klimaschutz

0733 Interpellation (SP) betr. www.koeniz.ch für alle!

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich informierte die GPK an ihrer letzten Sitzung über die Regionalkonferenz und möchte Ihnen das Wesentliche mitteilen: Die Stimmbevölkerung genehmigte im Juni 2007 die Grundlage in der Kantonsverfassung und im Gemeindegesetz. Per 1. Januar 2008 werden zwei regierungsrätliche Verordnungen zur Regionalkonferenz in Kraft treten und im VRB wird am Projekt "Bern plus" gearbeitet, das den Zusammenschluss von 101 Gemeinden zur Regionalkonferenz zum Ziel hat. Die Urabstimmung dazu wird im November 2008 oder eventuell erst im Februar 2009 stattfinden. Der Gemeinderat wird der GPK und dem Parlament im Frühling 2008 einen nächsten Bericht mit einer Standortbestimmung zu diesem Thema vorlegen und sich mit Fragen befassen, die in der Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Gemeinderat heute noch hängig sind. Auf Ihren Pulten liegen zwei Broschüren des VRB, in welchen Gemeinderat Urs Wilk als Präsident der KURV (Kommission Umwelt-Raumordnung-Verkehr) stark mitgewirkt hat. Es handelt sich um das Projekt "Bild der Region", ein interessantes Dokument. In der kleineren Broschüre dazu ist ein sehr treffendes Zitat von Marcel Proust zu diesem Projekt zu finden: "Der Vorgang der Entdeckung besteht nicht darin, Neuland zu finden, sondern das Vorhandene mit anderen Augen zu sehen."

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Auf Ihren Pulten liegt eine Zusammenfassung des Luftmessberichts aus Oberwangen auf. Jedes interessierte Parlamentsmitglied kann bei mir das ausführliche Exemplar holen. Auch die Gemeinde Köniz machte am letzten Samstag bei der Aktion "Licht aus für unser Klima" mit, wozu verschiedene Firmen und Organisationen in verschiedenen europäischen Ländern aufriefen. Nach diversen Abklärungen wurde die Beleuchtung der Schlosskirche auf unsere Anfrage hin während fünf Minuten ausgeschaltet. Ich danke an dieser Stelle Pfarrer Urwyler für sein spontanes Mittun. Wir sind uns im Klaren, dass dieser Beitrag sehr bescheiden ist, es handelt sich nichtsdestotrotz um ein Zeichen.

Marco Streiff (EVP): Auch ich möchte mich diese Aktion betreffend äussern: Im Wangental fand letzten Samstag der Jugendtreff statt. Die Jugendlichen kamen von sich aus auf mich zu und wollten etwas in Richtung "Licht aus für unser Klima" unternehmen. Wir brauchten bewusst für den vorgesehenen Sportanlass nicht die Turnhalle, weil dort durch Bewegungsmelder das Licht eingeschaltet würde. Die Jugendlichen waren extrem enttäuscht darüber, dass die Gemeinde bei dieser Aktion nicht mitmachte.

Stephie Staub (SP): Den Medien war zu entnehmen, dass die Verhandlungen zwischen der Swisscom und der Gemeinde für eine Weiterführung des "City-WLAN" am Laufen sind. Dazu stelle ich folgende Fragen: Wann genau endet der einjährige "City-WLAN"-Versuch? Über einen Arzt habe ich Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, die sensitiv auf Strahlen reagieren. Existiert eine Statistik für diese Probleme? Werden sie überhaupt schriftlich erfasst? Ist ein Zwischenbericht respektive eine Auswertung für die Zielsetzung der Gemeinde vorhanden? Wie werden die Auswertungen dem Parlament zugänglich gemacht?

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme diese Fragen gerne entgegen, muss für deren Beantwortung jedoch Abklärungen vornehmen.

Christian Roth (SP): Heute Morgen wurde ich als Velofahrender von einem Lastwagen im Bereich des Kreisels Waldegg in Richtung Wald richtiggehend gejagt. Die dortige Verkehrslösung ist in meinen Augen unglücklich. Ich gehe davon aus, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Vielleicht kann Gemeinderätin Katrin Sedlmayer abklären, ob nicht Möglichkeiten vorhanden wären, diese Strecke velofreundlicher zu gestalten.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Die nächste Parlamentssitzung findet am Freitag, 11. Januar 2008 um 17.00 Uhr in der Vidmarhalle I statt. Die Einladungen für die anschließende Feier wurden versandt. Nun bleibt mir, allen für die kommenden Festtage besinnliche und vielleicht sogar politikfreie Stunden zu wünschen sowie einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Schluss der Sitzung um 23.05 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Der Sekretär

Ignaz Caminada

Markus Heinzer